

Oberländer (Hrsg.)

**Autoritäre Regime in
Ostmittel- und Südosteuropa
1919-1944**

Autoritäre Regime in Ostmittel- und Südosteuropa 1919-1944

Herausgegeben von

ERWIN OBERLÄNDER

2., um ein Nachwort ergänzte Auflage

FERDINAND SCHÖNINGH

Titelphoto: Nikolaus Horthy bei einer Festveranstaltung 1920. Ullsteinbild – Süddeutsche Zeitung
Photo/Scherl

Bibliographische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen
Nationalbibliographie; detaillierte bibliographische Daten sind im Internet über
<http://dnb.ddb.de> abrufbar.

Alle Rechte vorbehalten. Dieses Werk sowie einzelne Teile desselben sind urheberrechtlich geschützt.
Jede Verwertung in anderen als den gesetzlich zulässigen Fällen ist ohne vorherige Zustimmung des
Verlages nicht zulässig.

© 2017 Verlag Ferdinand Schöningh, Paderborn
(Verlag Ferdinand Schöningh ist ein Imprint der Brill Deutschland GmbH,
Jühenplatz 1, 33098 Paderborn)

Internet: www.schoeningh.de

Satz: Rhema – Tim Doherty, Münster
Einbandgestaltung: Evelyn Ziegler, München
Herstellung: Brill Deutschland GmbH, Paderborn

ISBN 978-3-506-78585-5

Inhalt

Vorwort der Herausgeber zur 1. Auflage VII

TEIL I: OSTMITTELEUROPA

Erwin Oberländer:

Die Präsidialdiktaturen in Ostmitteleuropa
– »Gelenkte Demokratie«? 3

Jerzy Kochanowski:

Horthy und Pilsudski – Vergleich der autoritären Regime
in Ungarn und Polen 19

Raimundas Lopata:

Die Entstehung des autoritären Regimes in Litauen 1926
– Umstände, Legitimation, Konzeption 95

Emmerich Tálos:

Zum Herrschaftssystem des Austrofaschismus:
Österreich 1934–1938 143

Ago Pajur:

Die »Legitimierung« der Diktatur des Präsidenten Päts
und die öffentliche Meinung in Estland 163

Inesis Feldmanis:

Umgestaltungsprozesse im Rahmen des Ulmanis-Regimes
in Lettland 1934–1940 215

Ilgvars Butulis:

Autoritäre Ideologie und Praxis des Ulmanis-Regimes
in Lettland 1934–1940 249

Lubomir Lipták:

Das politische System der slowakischen Republik 1939–1945 299

TEIL II: SÜDOSTEUROPA

Holm Sundhaussen:

Die Königsdiktaturen in Südosteuropa: Umriss einer Synthese 337

Anila Habibi:

Das autoritäre Regime Ahmed Zogus und die Gesellschaft
Albaniens 1925–1939 349

Nikolaj Poppetrov: Flucht aus der Demokratie: Autoritarismus und autoritäres Regime in Bulgarien 1919–1944	379
Susanne-Sophia Spiliotis: Die Metaxas-Diktatur in Griechenland 1936–1941 – ein faschistoides Regime?	403
Hans-Christian Maner: Voraussetzungen der autoritären Monarchie in Rumänien	431
Florin Müller: Autoritäre Regime in Rumänien 1938–1944	471
Laslo Sekelj: Diktatur und die jugoslawische politische Gemeinschaft – von König Alexander bis Tito	499
Tihomir Cipek: Die kroatischen Eliten und die Königsdiktatur in Jugoslawien 1929–1934	539
Predrag Marković: Die »Legitimierung« der Königsdiktatur in Jugoslawien und die öffentliche Meinung 1929–1939	577
Milan Ristović: General M. Nedić – Diktatur, Kollaboration und die patriarchalische Gesellschaft Serbiens 1941–1944	633
Erwin Oberländer: Nachwort zur 2. Auflage	689
Verzeichnis der Autoren und Herausgeber (Stand 2017)	699
Personenregister	701

Vorwort der Herausgeber zur 1. Auflage

Zwischen den beiden Weltkriegen bestanden in den von Finnland bis Griechenland reichenden Regionen Ostmittel- und Südosteuropa zwölf selbständige Staaten, die alle auf dem Wege der Abtrennung von Großreichen entstanden waren. Was den Balkanvölkern dank der Schwäche des Osmanischen Reiches bereits im Laufe des 19. Jahrhunderts schrittweise gelungen war, ermöglichten der Zusammenbruch des Habsburger Reiches sowie die nachhaltige Schwächung Rußlands und Deutschlands am Ende des Ersten Weltkriegs auch den anderen Völkern dieser Regionen, nämlich die Bildung souveräner Nationalstaaten. Sieben von ihnen wurden 1918/19 neu geschaffen: Finnland, Estland, Lettland, Litauen, Polen, die Tschechoslowakei und Albanien (formal seit 1913). Für die fünf bereits früher existierenden Staaten – Ungarn, Rumänien, Serbien (seit 1918 Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen, seit 1929 Jugoslawien), Bulgarien und Griechenland – veränderten sich die inneren und äußeren Existenzbedingungen nach 1918 erheblich.

Diese Neuordnung Ostmittel- und Südosteuropas geschah im Zeichen der von den Siegermächten und insbesondere den USA propagierten Demokratisierung. So war es selbstverständlich, daß sich die neu entstehenden Staaten demokratische Verfassungen gaben und daß die bereits seit dem 19. Jahrhundert bestehenden Staaten ihre mehr oder weniger konstitutionellen Monarchien dem neuen Trend anzupassen suchten. Trotz eines vielversprechenden Beginns gelang es lediglich Finnland und der Tschechoslowakei, die demokratische Grundordnung während der gesamten Zwischenkriegszeit beizubehalten, während in allen anderen Staaten dieser Regionen die Demokratie in den 20er und 30er Jahren von autoritären Regimen – Präsidialdiktaturen in Ostmitteleuropa und Königsdiktaturen in Südosteuropa – abgelöst wurde.

Diese Transformation von Ansätzen demokratisch-parlamentarischer Entwicklung zu nationalen Diktaturen bzw. autoritären Regimen ist bisher nur unzureichend erforscht worden. In den betroffenen Ländern selbst war dies vor allem deshalb nicht möglich, weil mit dem Ende des Zweiten Weltkriegs – mit Ausnahme Griechenlands – kommunistische Regime an die Stelle der nationalen Diktaturen traten. Die neuen Regime waren insbesondere in der stalinistischen Phase darauf bedacht, die Diktaturen der Zwischenkriegszeit von vornherein als faschistoid bzw. faschistisch zu qualifizieren, um sich selbst als antifaschistisch zu legitimieren, oder die Phase der nationalen Unabhängigkeit zwischen den Kriegen überhaupt ins Orwellsche Gedächtnisloch zu verbannen, um die Bevölkerung daran zu hindern, in ihr Alternativen zum »real existierenden Sozialismus« zu entdecken. Im Westen dagegen stand seit jeher die Erforschung der totalitären Regime im Vordergrund des Interesses, die für die Geschicke Europas im 20. Jahrhundert unvergleichlich viel folgenreicher waren.

Der Zusammenbruch der kommunistischen Herrschaft hat in den meisten Ländern Ostmittel- und Südosteuropas erstmals unvoreingenommene Forschung und Diskussion über Entstehung, Ausprägung und Konsequenzen der einheimischen Diktaturen bzw. autoritären Regime der 20er und 30er Jahre zugelassen. Dies verbunden mit der Möglichkeit zur ungehinderten Auswertung der Archive gab auch den Anstoß zum vorliegenden Band. Mit ihm sollen die ersten Voraussetzungen für spätere vergleichende Untersuchungen geschaffen werden, um schrittweise jene gemeinsamen oder partiell differierenden Strukturen aufzudecken, die außer in Finnland und der Tschechoslowakei in allen anderen Ländern dieser Regionen zwischen 1926 und 1938 zum Scheitern der Demokratie und zur Entstehung autoritärer Regime geführt haben, die einen »Systemtypus sui generis«¹ bilden, der zwischen den idealtypischen Polen der Demokratie einerseits und der totalitären Regime andererseits anzusiedeln ist.

Auch für die Analyse der autoritären Regime Ostmittel- und Südosteuropas bieten die im Rahmen der Politikwissenschaft erarbeiteten allgemeinen Merkmale solcher Regime, wie sie vor allem von Juan Linz und Karl Dietrich Bracher formuliert worden sind, gute Ansatzpunkte. Linz bezeichnete die autoritären Regime in einem frühen Definitionsversuch als »politische Systeme mit begrenztem, nicht verantwortlichen Pluralismus, ohne ausgearbeitete und leitende Ideologie, aber mit ausgeprägten Mentalitäten, ohne extensive oder intensive politische Mobilisierung, außer an einigen Punkten in ihrer Entwicklung, und in denen ein Führer oder gelegentlich eine kleine Gruppe Macht innerhalb formal ungenau definierter, aber tatsächlich recht vorhersagbarer Grenzen ausübt.«² Linz selbst unterstrich, daß diese Definition, die eine große Spannweite moderner Herrschaftsformen umfasse, die autoritären Regime klarer von Demokratien als von totalitären Regimen abgrenze. Im Vergleich zu den totalitären Regimen hat vor allem Karl Dietrich Bracher die Rolle der Ideologie als wichtiges Unterscheidungsmerkmal hervorgehoben:« Im Unterschied zum Kommunismus, Nationalsozialismus und auch Faschismus wollen oder können autoritäre Ideologien weder qualitativ noch quantitativ den quasireligiösen Anspruch geltend machen, der dem identitären Hauptaxiom totalitärer Ideologien zugrunde liegt: Die Fiktion oder Mystifikation einer völligen politischen und geistigen Identität von Führung, Partei und Volk. Die geringe Rolle der Ideologie und der Einheitspartei (oder ihr Fehlen) sowie der geistig-politischen Mobilisierung bildet denn auch ein wesentliches Kriterium der

¹ Linz, J.: Autoritäre Regime. In: Nohlen, D./Schultze, R.O. (Hg.): Pipers Wörterbuch zur Politik. Band 1: Politikwissenschaft. München/Zürich 1985, S. 62.

² Linz, J.J.: An Authoritarian Regime. The Case of Spain. In: Allard, E./Littunen, Y.(Hg.): Cleavages, Ideologies and Party Systems. Helsinki 1964, S. 255. Vgl. auch Linz, J.J.: Totalitarian and Authoritarian Regimes. In: Polsby, N.W./Greenstein, F.I.(Hg.): Handbook of Political Science. Band 3: Macropolitical Theory. Reading/Mass. 1975, S. 264. Die deutsche Übersetzung in Linz, J.J.: Totalitäre und autoritäre Regime. Hg. von R.Krämer, Berlin 2000, S. 129 erscheint nicht ganz treffend.

Unterscheidung.«³ Ausgehend von diesen allgemeinen Bestimmungen kann man auch den typologischen Gemeinsamkeiten der autoritären Regime Ostmittel- und Südosteuropas gerecht werden, sofern man dabei ihre historischen Entstehungsbedingungen stets im Auge behält.

Die wissenschaftliche Erforschung und kritische Auseinandersetzung mit den autoritären Regimen hat zudem eine unübersehbar aktuelle politische Dimension. Denn der gerade begonnene zweite Anlauf zur Schaffung dauerhafter demokratischer Ordnungen in den Staaten Ostmittel- und Südosteuropas dürfte um so erfolgversprechender verlaufen, je klarer nach den Gründen für das Scheitern des ersten Versuchs gefragt wird. Auch die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland wurde von einer immer wieder aufgenommenen Diskussion um das Scheitern der Weimarer Republik begleitet. Und es können auch keineswegs alle Schwächen der postkommunistischen Staaten Ostmittel- und Südosteuropas allein dem kommunistischen Herrschafts- und Wirtschaftssystem angelastet werden; auch die vorkommunistischen Traditionen üben großen Einfluß auf Verlauf und Ergebnis der postkommunistischen Systemtransformation aus. Ob jedoch die autoritäre Erfahrung über die hier untersuchten Regionen hinaus politische Bedeutung erlangen wird, wenn sich, wie Rolf Dahrendorf warnte, das 21. Jahrhundert aufgrund der Globalisierungsprozesse und ihrer sozialen Folgen wirklich als »autoritäres Jahrhundert« erweisen sollte, ist heute kaum abzuschätzen.⁴

Im Herbst 1993 fand zunächst eine von der Volkswagen-Stiftung geförderte Tagung mit Zeithistorikern aus allen Staaten Ostmittel- und Südosteuropas in Lamprecht/Pfalz statt. Sie diente dazu, eine erste Übersicht über den damaligen Forschungsstand zu erhalten und einen Forschungsverbund zur gemeinsamen Formulierung vergleichender Projekte zu bilden, wobei vor allem jüngeren Historikern im Rahmen eines Projekts die Möglichkeit gegeben werden sollte, für eine gewisse Zeit auf die oft lebensnotwendigen außerfachlichen Nebentätigkeiten zu verzichten und sich auf einen größeren Forschungsbeitrag zu konzentrieren. Die Ergebnisse der Tagung wurden als Arbeitsgrundlage vom Institut für Osteuropäische Geschichte der Johannes Gutenberg-Universität Mainz publiziert.⁵ Nachdem die Volkswagen-Stiftung ihre Unterstützung im Rahmen ihres Förderungsschwerpunkts »Diktaturen im Europa des 20. Jahrhunderts« zugesagt hatte, wurden in einer an die historischen Institute und Lehrstühle Ostmittel- und Südosteuropas gerichteten Ausschreibung folgende acht Themen

³ Bracher, K.D.: Diktatur. In: Staatslexikon. Recht-Wirtschaft-Gesellschaft. Band 2.7, völlig neu bearbeitete Auflage Freiburg 1986, Sp. 56.

⁴ Dahrendorf, R.: An der Schwelle zum autoritären Jahrhundert. Die Globalisierung und ihre sozialen Folgen werden zu nächsten Herausforderungen einer Politik der Freiheit. In: Die Zeit, Nr. 47, 14.11.1997, S. 15.

⁵ Autoritäre Regime in Ostmitteleuropa. Hg. von E. Oberländer, H.Lemberg und H.Sundhausen unter Mitwirkung von D. Balke. Institut für Osteuropäische Geschichte. Mainz 1995.

zur Auswahl gestellt, die das uns bis dahin bekannte Spektrum der Forschung mit neuen, bisher weniger beachteten Fragestellungen zu verbinden suchten:

I. Grundlagen und Träger des autoritären Regimes:

- 1) Vorbereitung und auslösende Faktoren
- 2) Trägerschichten
- 3) »Legitimation«
- 4) Konzepte

II. Umgestaltungsprozesse:

- 1) Sicherung des autoritären Regimes
- 2) Institutionelle und personelle Maßnahmen
- 3) Reaktion der politischen und geistigen Eliten
- 4) Akzeptanz und Ablehnung in der Gesellschaft

Für die insgesamt siebzehn Mitarbeiter des Projekts aus elf Staaten Ostmittel- und Südosteuropas war es – je nach Forschungsstand – naheliegend, möglichst mehrere der genannten acht Fragestellungen zu behandeln, so daß die von ihnen erarbeiteten Innenansichten der Regime zugleich einen über das engere Thema hinausgehenden Einblick in die für die betroffenen Völker so wichtige historische Periode zwischen 1919 und 1939 bieten. Der Aufsatz von Emmerich Talos behandelt überdies mit dem Austrofascismus ein »Modell«, an dem sich mehrere, vor allem ostmitteleuropäische Diktatoren orientiert haben und das deshalb in einem den autoritären Regimen gewidmeten Band nicht fehlen durfte.

Alle Beiträge sind innerhalb der beiden Schwerpunkte »Präsidialdiktaturen Ostmitteleuropas« und »Königsdiktaturen Südosteuropas« chronologisch angeordnet, d.h. nach dem Zeitpunkt, an dem die jeweilige demokratische durch eine diktatorische Ordnung ersetzt wurde; lediglich die vier Beiträge zu Jugoslawien bilden einen eigenen Block, der von Laslo Sekeljs Brückenschlag von König Alexander bis Tito eingeleitet wird. Die Zweiteilung des Bandes folgt den unverkennbaren Unterschieden zwischen diesen beiden Regionen des östlichen Europa etwa im Bereich der historischen Traditionen und des sozioökonomischen Entwicklungsstands; sie spiegelt jedoch auch die von Bracher hervorgehobene Unterscheidung zwischen Diktaturen, die sich aus der Krise einer Demokratie (Ostmitteleuropa ohne Ungarn) entwickelt haben oder aus vordemokratischen Verhältnissen (Südosteuropa) hervorgegangen sind⁶. Die Zweiteilung soll jedoch keineswegs besagen, daß es gerade mit Blick auf wichtige Aspekte der autoritären Regime nicht auch vielfältige Gemeinsamkeiten gäbe. Hier muß die künftige Forschung weitere Aufschlüsse erbringen, die anzuregen das Ziel des vorliegenden Bandes ist.

Zum Gelingen dieses sich über mehrere Jahre erstreckenden Forschungsprojekts haben viele beigetragen. Unser herzlicher Dank gilt zunächst den Auto-

⁶ Bracher, Sp. 55.

rinnen und Autoren des Bandes sowie allen, die anlässlich der beiden Workshops in Mainz 1997 und 1998 mit uns diskutiert haben; er gilt aber insbesondere auch unseren Redakteurinnen und Redakteuren Dorothee Bahlke M.A., Željko Jakobovac M.A., Kerstin Ivančić M.A., Corinna Grimm und Andreas Jung, die jeweils für eine bestimmte Zeitspanne mit großem Engagement an der Durchführung des Projekts mitgearbeitet haben. Der Volkswagen-Stiftung, deren Förderung das Projekt erst ermöglicht hat, und insbesondere Herrn Dr. Wolfgang Levermann danken wir für das stets verständnisvolle Eingehen auf unsere aus dem Verlauf der Arbeit resultierenden Wünsche, und der Kommission für Zeitgeschichte des Johann Gottfried Herder-Forschungsrats für ihre Unterstützung.

TEIL I

OSTMITTELEUROPA

Erwin Oberländer

Die Präsidialdiktaturen in Ostmitteleuropa - »Gelenkte Demokratie«?¹

Als die imperiale Ordnung des Russischen und des Habsburger Reiches infolge des Ersten Weltkriegs zerfiel und Nationalstaaten an ihre Stelle traten, entstanden im östlichen Mitteleuropa sieben neue souveräne Staaten: Finnland, Estland, Lettland, Litauen, Polen, die Tschechoslowakei und Ungarn. Bis auf Ungarn übernahmen sie alle die in Westeuropa entwickelte demokratisch-parlamentarische Staatsverfassung mit Parlamentsherrschaft, Freiheitsrechten und Parteienpluralismus. Das Bekenntnis zur Demokratie galt geradezu als Symbol der Einordnung in das neue Europa des Völkerbunds, des Selbstbestimmungsrechts und der liberalen Freiheitsideen. Dennoch gelang es lediglich Finnland und der Tschechoslowakei, auch während der gesamten Zwischenkriegszeit ein demokratisches System aufrechtzuerhalten. Ungarn geriet als erster dieser sieben Staaten bereits nach dem Ende der kurzlebigen Räteregierung Béla Kuns (Oktober 1918 – August 1919) unter das autoritäre Regime des Admirals Miklós Horthy. 1926 setzten sich auch in Polen und Litauen, 1934 schließlich in Estland und Lettland autoritäre Regime in Gestalt von Präsidialdiktaturen durch. Drei der Diktatoren – Antanas Smetona in Litauen, Konstantin Päts in Estland und Kārlis Ulmanis in Lettland – bekleideten auch formell das Präsidentenamt, Horthy übte es als Reichsverweser des Königreichs Ungarn aus und lediglich Józef Piłsudski verzichtete in Polen auf die förmliche Übernahme dieses Amtes; er zog es vor, die Macht informell, d.h. ohne eine verfassungsmäßig definierte Stellung, auszuüben. Anregungen zur Ausgestaltung ihrer nationalen Diktaturen erhielten diese Präsidialdiktatoren unter anderem vom autoritären Regime in Österreich, dessen Entwicklung überdies manche Übereinstimmungen mit denen seiner ostmitteleuropäischen Nachbarn aufweist und dem deshalb ein eigener Beitrag in diesem Band gewidmet ist.

Keiner dieser »neuen« Staaten ist in der Zwischenkriegszeit zur parlamentarisch-demokratischen Ordnung zurückgekehrt. Sie wurden allesamt Opfer des Expansionsdrangs ihrer totalitären Nachbarn: Polen mit dem deutschen Angriff im Herbst 1939, Estland, Lettland und Litauen mit der Annexion durch die UdSSR im August 1940, Ungarn mit der deutschen Besetzung im April

¹ Die folgenden Ausführungen beruhen auf den in diesem Band veröffentlichten Länderartikeln. Ergänzend wurden die Konferenzpapiere von Andres Kasekamp (Tallinn) zum Regime des Präsidenten Päts in Estland sowie von Attila Lengyel (Budapest) über die Entstehung und Ausformung des Horthy-Regimes in Ungarn herangezogen. Die Anmerkungen zum nachfolgenden Text beschränken sich auf wenige Ergänzungen zu den in den Beiträgen zitierten Werken.

1944. Dabei ist stets zu beachten, daß sich die autoritären Regime in Ungarn, Polen und Litauen relativ lange behaupten konnten, während die Zeit zur Ausformung der Regime in Estland und Lettland ausgesprochen kurz war und möglicherweise intendierte Umgestaltungsmaßnahmen nicht mehr zum Tragen kamen, was der abschließenden Beurteilung gewisse Grenzen setzt. Dies gilt in noch höherem Maße für die mit Hitlers Hilfe errichtete Slowakische Republik (März 1939 – April 1945), an deren Spitze Josef Tiso unter Kriegsbedingungen versuchte, autoritäre Traditionen der Slowakischen Volkspartei mit faschistischen »Anregungen« zu verbinden, gleichzeitig aber ein Mindestmaß an Eigenständigkeit gegenüber der deutschen »Schutzmacht« zu behaupten.

Im Unterschied zu Mussolini, Hitler und Stalin erfreuen sich die Repräsentanten der autoritären Regime Ostmitteleuropas in ihren Ländern auch heute noch eines beachtlichen Ansehens, und die kritische Auseinandersetzung der Historiker mit ihren Diktaturen stößt in einer breiteren Öffentlichkeit häufig auf Unverständnis. Bedenkt man jedoch die katastrophalen Auswirkungen des Zweiten Weltkriegs auf diese Völker und die darauf folgende jahrzehntelange politische Fremdbestimmung durch die Sowjetunion, dann wird verständlich, warum vielen Angehörigen dieser Nationen die zwei Jahrzehnte der Unabhängigkeit ungeachtet des politischen Systems in einem verklärten Licht erscheinen. So schrieb kürzlich eine estnische Tageszeitung mit Blick auf den früheren Diktator Konstantin Päts: »Wie die strahlende Baby-face-Sonne am Himmel der Teletubbies schwebt sein Geist über der Erinnerung an die erste Estnische Republik und verkörpert für viele die vergangenen Tage des Glücks, in denen estnischer Bacon auf der ganzen Welt bekannt war. Der Ausdruck ›zu Päts Zeiten‹ ist ein Synonym für die vorige estnische Republik.«² Kein Wunder, daß man nach 1990 direkt an die Unabhängigkeitsphase der Zwischenkriegszeit anknüpfte und sich dabei keineswegs allein auf die Zeit der parlamentarisch-demokratischen Ordnung bezog. Diesem Bemühen um Kontinuität kam auch die Tatsache sehr entgegen, daß mit Pilsudski, Smetona, Päts und Ulmanis Persönlichkeiten an der Spitze der autoritären Regime gestanden hatten, die bereits bei der Neu- bzw. Wiederbegründung ihrer Staaten nach dem Ersten Weltkrieg eine führende Rolle gespielt und teilweise auch während der demokratischen Periode mehrfach der Regierung vorgestanden hatten (Päts, Ulmanis). Sie wurden deshalb von vielen als Staatsgründer betrachtet, denen man offenbar zubilligte, daß sie auch als nationale Diktatoren primär die Sicherung der innen- wie außenpolitisch gefährdeten Existenz der von ihnen mitbegründeten Staaten im Auge hatten.

Und in der Tat offenbart bereits ein erster Vergleich der autoritären Regime in den drei baltischen Staaten und Polen den engen Zusammenhang zwischen

² Kiviräkh, A.: Vanakuradi vanaemaga. In: Eesti Päevaleht, 31.12.1999. Dt. Übersetzung bei Plath, U./Brüggemann, K.: Vom Tanz mit des Teufels Großmutter. Die estnische Debatte um die Zusammenarbeit von Präsident Konstantin Päts mit der Sowjetunion. In: Osteuropa 50 (2000) 9, S. A 329–A 339, hier S. A 339.

dem Wunsch nach Sicherung der eben erst errungenen Eigenstaatlichkeit und der Tendenz zur Akzeptanz autoritärer Regime. Zwar hatten sich Estland, Lettland, Litauen und Polen – in dezidiertem Ablehnung der Räteherrschaft Leninscher Prägung im benachbarten Sowjetrußland – im Geiste des mit dem Ende des Ersten Weltkriegs vermeintlich anbrechenden demokratischen Zeitalters ausgesprochen liberale, ja geradezu »antiautoritäre« Verfassungen gegeben, in denen die dominierende Rolle der Parlamente gegenüber den Regierungen festgeschrieben war. Mit einer gewissen Ausnahme von Polen entsprachen diese Staatsverfassungen jedoch kaum den in diesen Ländern entwickelten Gesellschaftsstrukturen, d.h. die Parlamente konnten der ihnen zugewiesenen Führungsrolle aufgrund fehlender politisch-kultureller Traditionen, vielfältiger sozialer und nationaler Gegensätze, mangelhaft entwickelter Trägerschichten der Titularnationen sowie äußerst zersplitterter Parteiensysteme und entsprechend häufig wechselnder Regierungen nicht gerecht werden.³ Das offensichtliche Unvermögen der demokratisch gewählten Regierungen, mit der doppelten Herausforderung, den neuen Staat aufzubauen und zugleich mit den Folgen unverschuldeter Krisen, vor allem mit den Zerstörungen des Ersten Weltkriegs sowie den Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise, fertig werden zu müssen, trug sehr wesentlich zur Krise des Parlamentarismus bei. Aufgrund dieser inneren Schwäche sahen die Titularnationen der jeweiligen Länder die Existenz der mühsam erkämpften bzw. wiedererrungenen Nationalstaaten als gefährdet an. Ihren Ruf nach Stärkung der Exekutive nutzten die »Staatsgründer«, deren persönliches Machtstreben nicht unterschätzt werden sollte, offenbar nur zu bereitwillig dazu, sich mit Hilfe der Armee mehr oder weniger gewaltsam, aber offenbar mit stillschweigender Billigung großer Teile der Bevölkerung an die Spitze ihrer Staaten zu putschen und ihre Diktaturen zur »Rettung und Erneuerung von Nation und Staat« zu errichten.

Zur Rechtfertigung ihres verfassungswidrigen Vorgehens verwiesen die selbsternannten Retter der Nation in diesen Ländern auf eine angeblich akute Bedrohung ihrer Staaten durch Extremisten (außer in Polen), auf die vom Parteienzwist gelähmten und zum Krisenmanagement unfähigen Parlamente, auf die nationalen Gegensätze, auf die mangelnde wirtschaftliche Stabilität sowie besonders auch auf die Bedrohung der Unabhängigkeit von außen, die – wie das Verhältnis Polens zu Litauen zeigt – durchaus nicht nur von den Großmächten

³ Vgl. dazu allgemein Conze, W.: Die Strukturkrise des östlichen Mitteleuropa. In: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 1 (1953), S. 319–338; Linz, J.J./Stephan, A. (Hg.): The Breakdown of Democratic Regimes. Bd. 2: Europe. Baltimore 1978; Schlarp, K.-H.: Formen und Krisen der parlamentarischen Demokratie in Osteuropa zwischen den beiden Weltkriegen. Die Tschechoslowakei, Polen und Jugoslawien im Vergleich. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen 16 (1985), S. 105–128; Beyrau, D.: Zwischen Autonomie und Abhängigkeit: Ostmitteleuropa 1919–1939. In: Schulz, G. (Hg.): Die große Krise der dreißiger Jahre. Göttingen 1986, S. 179–199; Hoensch, J. K.: Demokratie und autoritäre Systeme in Ostmitteleuropa. In: Lemberg, H. (Hg.): Ostmitteleuropa zwischen den beiden Weltkriegen (1918–1939). Stärken und Schwächen der neuen Staaten, nationale Minderheiten. Marburg 1997, S. 53–72.

ausgehen mußte. Pāts in Estland und Ulmanis in Lettland nahmen überdies 1934 für sich in Anspruch, mit ihren Staatsstreich ein inzwischen europaweiten Trend zu folgen, da sich die Demokratie zur Bewältigung der aktuellen politischen, ökonomischen und sozialen Probleme nicht bewährt habe und allenthalben von autoritären Regimen abgelöst werde. Zweifellos besaß das von den Präsidialdiktatoren mit Blick auf den inneren und äußeren Machtverfall ihrer Staaten entworfene Krisenszenario durchaus einen realen Hintergrund. Was dagegen die akute innere Bedrohung durch Extremisten betrifft, so lassen sich die Behauptungen von Pāts und Ulmanis, Estland vor der gewaltsamen Machtübernahme durch Rechtsextremisten (»Verband der Freiheitskämpfer«) bzw. Lettland vor dem Zugriff von Nationalisten mit faschistischen Tendenzen (»Donnerkreuzler«) gerettet zu haben, im Lichte der neueren Forschung ebensowenig aufrechterhalten wie die Versicherung Smetonas, in Litauen einem Putsch der Kommunisten zuvorgekommen zu sein.⁴ Gerade im Falle Antanas Smetonas haben die erst seit kurzem zugänglichen sowjetischen Akten ergeben, daß er seine Staatsstreichspläne wiederholt mit dem sowjetischen Botschafter in Kaunas erörtert hat und ganz offensichtlich die volle Unterstützung der sowjetischen Seite besaß.⁵ Nachdem 1999 – ebenfalls aus sowjetischen Akten – bekannt geworden ist, daß offenbar auch Konstantin Pāts seinen Staatsstreich in Estland mit Rückendeckung Moskaus durchgeführt hat⁶, ist zu vermuten, daß die sowjetische Außenpolitik die Entstehung dieser autoritären Regime bewußt förderte, da deren Nationalismus Gewähr dafür zu bieten schien, daß diese Regime keine Bündnisse untereinander bzw. mit Polen eingehen und damit ihre außenpolitische Neutralität aufgeben würden. Die sowjetische Haltung zu den autoritären Regimen bedarf weiterer Klärung, gerade auch mit Blick auf die spätere Annexion der baltischen Staaten durch die UdSSR, bei der es sich die sowjetische Seite u. a. als Verdienst anrechnete, die Demokratie in diesen Ländern wiederhergestellt zu haben.

Das Ziel der Präsidialdiktatoren, die noch einer älteren Generation angehörten als Mussolini (1883) und Hitler (1889) – Piłsudski war 1867, Horthy 1868, Pāts, Smetona und Ulmanis 1874 geboren – und die sich insbesondere auf Bürokratie, Armee, verschiedene Formen der Schutzkorps oder des Selbstschutzes sowie Teile des Unternehmertums stützten, war der »starke und effiziente nationale Staat«, der durch gesellschaftliche Geschlossenheit erreicht werden sollte. Durch weitgehende Ausschaltung der Parteien wie in den drei baltischen Staaten bzw. deren Einbindung in das autoritäre Herrschaftssystem wie in Ungarn und teilweise in Polen und durch Bündelung der Kräfte unter einem charismatischen Führer sollte der Staat in die Lage

⁴ Zu Estland vgl. den Beitrag von A. Pajur in diesem Band; zu Lettland Stranga, A.: LSDSP un 1934.gada 15.maija apvērsums. Demokrātija likteņi Latvijā. Rīga 1994 sowie Kārlis Ulmanis trimdā un cietumā. Dokumenti i materiāli. Rīga 1994, S. 79; zu Litauen Butkus Z. (Anmerkung 5).

⁵ Butkus, Z.: Jei opozicija gauna paramą iš svetur ... In: Kultūros barai (1995) 8–9, S. 80–84.

⁶ Plath/Brüggemann, S. A 330–A 334.

versetzt werden, die inneren Krisen zu meistern und seine Selbständigkeit in einem vor allem in den 30er Jahren zunehmend aggressiver werdenden internationalen Umfeld erfolgreich zu verteidigen. Mit Ausnahme Ungarns, wo der Kampf um die Revision der Bestimmungen des Friedensvertrags von Trianon (Verlust von zwei Dritteln des Territoriums und 60% der Bevölkerung) als Staatsziel eine kaum zu überschätzende Rolle spielte⁷, verfolgten die autoritären Regime Ostmitteleuropas außenpolitisch durchweg defensive Ziele. Sie unterschieden sich damit deutlich von jener Art faschistischer Mobilisierung, die die eigentliche »Bewährungsprobe« ihrer Völker in der Expansion nach außen sah. Das Versprechen straffer Führung statt fruchtlosen Parteienhaders sicherte den »Präsidentokraten« zunächst zweifellos eine gewisse Akzeptanz in der Bevölkerung, was auch dadurch gefördert wurde, daß alle – bis auf Horthy – den Eindruck zu erwecken suchten, daß ihre Herrschaft nur eine zeitlich begrenzte »Regentschaft für die bedrohte Demokratie« (K. Páts) sei, die nach einem »Heilungs-« oder »Gesundungsprozeß« der Gesellschaft zur Wiederherstellung der demokratischen Ordnung »auf neuen Grundlagen« führen werde.

Wenn gelegentlich die berechtigte Frage gestellt worden ist, ob die Übertragung des westeuropäischen Staats- und Gesellschaftsmodells auf Ostmitteleuropa nicht verfrüht gewesen ist und »ob es nicht spezifische Formen der Demokratie mit autoritären Beimischungen gibt, die durchaus praktikabel gewesen wären für die soziologischen Bedingungen der osteuropäischen Staaten«⁸, dann wurde dabei meistens auf Finnland verwiesen, das eben einen solchen Mittelweg gewählt hatte, der den damaligen politischen und gesellschaftlichen Bedingungen des Landes offenbar am besten entsprach; erst im Jahre 2000 räumte eine Verfassungsänderung in Finnland dem Parlament die Führung gegenüber der Exekutive ein. Denn obwohl die Finnen, die ebenso wie Esten und Letten 1918 erstmals die volle Unabhängigkeit in einem eigenen Staatswesen erreicht hatten, im Unterschied zu ihren südlichen Nachbarn 1918 bereits auf ein halbes Jahrhundert Selbstverwaltung innerhalb des Russischen Reiches zurückblicken konnten, hatte sich ihre Verfassungsgebende Versammlung 1919 für eine Präsidialdemokratie entschieden, für einen vom Volk direkt gewählten Staatspräsidenten mit Prärogativen, die sich am Vorbild des amerikanischen Präsidenten orientierten. Nach dem blutigen Bürgerkrieg von 1918 sollte der Staatspräsident über den Parteien stehen und als vermittelnde Kraft für die Schaffung der nationalen Einheit sowie für innen- und außenpolitisch entschlossenes Handeln zugunsten der Konsolidierung des neuen Staates sorgen. Dieses Regierungssystem erwies sich zugleich als elastisch, aber auch als autoritär genug, »um eine wirksame Mehrheit zunächst gegen linke und später gegen rechte Extremisten zu mobilisieren«. Dies galt insbesondere für

⁷ Kovács-Bertrand, A.: Der ungarische Revisionismus nach dem Ersten Weltkrieg. Der publizistische Kampf gegen den Friedensvertrag von Trianon (1918–1931). München 1997.

⁸ So Hans Rothfels in Volkmann, H.-E.: Die Krise des Parlamentarismus in Ostmitteleuropa zwischen den beiden Weltkriegen. Marburg 1967, S. 125 und 177.

die von der rechtsextremistischen Lapua-Bewegung ausgelöste Staatskrise der Jahre 1930–32, als es der »halbmonarchistischen Präsidialmacht« gelang, »das parlamentarische System dadurch im Gleichgewicht zu halten, daß sie die Exekutive kurzfristig stärkte, ohne die Grenzen des Systems zu erweitern«. ⁹ Auch in den baltischen Staaten und Polen hatte es bereits bei den Diskussionen um die Verfassung Befürworter eines Verfassungsmodells nach finnischer Art gegeben. Es gewann erneut an Attraktivität, als sich die zersplitterte Parteienlandschaft dieser Länder in der Folgezeit als unfähig erwies, im Rahmen der geltenden Verfassungen handlungsfähige Koalitionen zu bilden. Vor allem der Verfassungsentwurf des »Verbandes der Freiheitskämpfer« in Estland, der 1933 in einer Volksabstimmung angenommen wurde und als neue Verfassung am 24.01.1934 in Kraft trat, läßt diese Tendenz erkennen. Der Umsetzung dieser Verfassung kam jedoch Päts, der keinerlei Chancen hatte, in das neue, mit weitreichenden Prärogativen ausgestattete Amt des Staatspräsidenten gewählt zu werden, mit seinem Staatsstreich zuvor.

Auch in der Tschechoslowakei – dem anderen ostmitteleuropäischen Land, das wie Finnland generell eine demokratische Grundordnung während der gesamten Zwischenkriegszeit aufrechterhalten konnte – finden sich autoritäre »Beimischungen«. Sie entsprangen aber nicht wie in Finnland dem Willen der Verfassungsväter, sondern vielmehr einer besonderen Form des Umgangs mit der parlamentarischen Ordnung, die diese zwar äußerlich stärkte, zugleich aber innerlich auszuhöhlen drohte. Daß sich jedoch selbst in einem »Hort der Demokratie« wie der Tschechoslowakei mit ihrer – trotz unübersehbarer regionaler Unterschiede – relativ ausgeglichenen Gesellschaftsstruktur, dem hohen Bildungsniveau, dem noch aus der Habsburger Zeit stammenden voll ausgebildeten Parteiensystem und dem vergleichsweise hohen Industrialisierungsgrad der böhmischen Länder »ein nach außen nicht immer sichtbarer Wandel von der parlamentarischen zur autoritativ gesteuerten »Demokratie der starken Hand«, eine Beschränkung der Demokratie zur Rettung der Demokratie« vollzog ¹⁰, zeigt, daß sich angesichts der vielfältigen strukturellen Probleme der neuen ostmitteleuropäischen Staaten der Einsatz autoritärer Korrektive der parlamentarischen Demokratie westeuropäischen Typs als naheliegendes Hilfsmittel anbot. Zwar blieb die demokratische Verfassung in der Tschechoslowakei formal bis 1938 erhalten, aber um den Preis einer von tschechischer Seite ausgeübten »vorbeugenden Kontrolle der politischen Praxis«, die vor allem gegen eine angeblich unkalkulierbare demokratische Partizipation der ethnischen Minderheiten gerichtet war, letztlich aber die Partizipation aller gesellschaftlichen Gruppen einschränkte. Informelles und außerkonstitutionelles Vollzugsorgan dieser Kontrolle war der sogenannte Fünferausschuß (Pětko), der sich aus den

⁹ Siltala, J.: Die Lapua-Bewegung als Auslöser einer Krise im finnischen Regierungssystem. In: Oberländer, E./Lemberg, H./Sundhaussen, H. (Hg.): Autoritäre Regime in Ostmitteleuropa 1919–1944. Mainz 1995, S. 83–94.

¹⁰ Schlarp, S. 115.

Vorsitzenden der fünf stärksten tschechischen Parteien zusammensetzte und »das Prinzip repräsentativer Mehrheitsbildung- und entscheidung zugunsten der Proportionalisierung politischer Macht zwischen den wichtigsten (tschechischen) Gruppen« weitgehend ausschaltete: »Dem Parlament vorgeschaltet, bildete dieses Gremium das eigentliche Macht- und Entscheidungszentrum der Ersten Republik zwischen 1918 und 1938; es präformierte den Gesetzgebungsprozeß, zog die Fäden bei Kabinettsumbildungen und Regierungskrisen, legte das Koalitionsprogramm fest und entschied somit darüber, welche Fragen überhaupt politikfähig wurden.«¹¹ Die Abgeordneten, die striktem Fraktionszwang unterworfen waren, hatten die Entscheidungen der »Petka« nur noch zu sanktionieren, und mit dem Ermächtigungsgesetz vom 9. Juni 1933 verwandelte sich das Parlament schließlich auch formal in ein bloßes Anhängsel der Exekutive. Die Zurückdrängung des Parlaments als Forum des freien demokratischen Interessenausgleichs offenbarte also auch hier ein autoritäres Potential, das zwar zur Stabilisierung des Staates, jedoch um den Preis der Einschränkung demokratischer Partizipation eingesetzt wurde. Auch in Polen scheint es vor 1926 mehrere Anläufe gegeben zu haben, sich zur Sicherung stabiler parlamentarischer Mehrheiten eines Steuerungsmodells »tschechischer Art« zu bedienen, wie es in einem Angebot des Sejmmarschalls an Ministerpräsident Grabski im Dezember 1923 wörtlich hieß; Grabski vertraute in Polen jedoch eher auf die traditionellen Methoden der Mehrheitsbeschaffung »durch kleine Geschäfte mit einzelnen Abgeordneten«.¹²

Die historisch-politischen, sozialen und ökonomischen Faktoren, die in den 20er und 30er Jahren in den neuen Staaten Ostmitteleuropas zum Scheitern der Parlamentsherrschaft geführt haben, werden für Polen und Ungarn von Jerzy Kochanowski ausführlich dargestellt. Die Beiträge zu Litauen, Estland und Lettland legen ihr Hauptaugenmerk dagegen auf die Ausgestaltung der autoritären Regime selbst. Zum besseren Verständnis der Vorgeschichte, die zum Entstehen dieser Regime in den baltischen Staaten geführt hat, seien deshalb einige Bemerkungen vorausgeschickt. Historisch gesehen konnten die Litauer (1923: 1,7 Mill.) auf ein bedeutendes eigenes Staatswesen vom ausgehenden Mittelalter bis zum 18. Jahrhundert zurückblicken; der litauische Adel war

¹¹ Heumos, P.: Der Februarumsturz 1948 in der Tschechoslowakei. Gesichtspunkte zu einer strukturgeschichtlichen Interpretation. In: Bonwetsch, B. (Hg.): Zeitgeschichte Osteuropas als Methoden- und Forschungsproblem. Berlin 1985, S. 121–135, hier S. 124f.; Ders.: Pluralistische Machtororganisation als Garant der Demokratie? Zur Struktur und zum autoritären Potential der Ersten Tschechoslowakischen Republik. In: Oberländer/Lemberg/Sundhaussen, S. 136–139. – Heumos weist auch darauf hin, daß sich das autoritäre Potential der Ersten Republik sowohl zugunsten des »extrem rechtslastigen, konservativ-autoritären Herrschaftssystems« der Zweiten Republik als auch zugunsten der kommunistischen Machtübernahme von 1948 ausgewirkt habe, was vor allem den Widerspruch der tschechischen Historikerin Eva Broklova hervorgerufen hat; vgl. dazu u. a. die Diskussion in *Bohemia* 39 (1998) 2, S. 382–430.

¹² Chojnowski, A./Wróbel, P.: Prezydenci i premierzy Drugiej Rzeczypospolitej. Wrocław/Warszawa/Kraków 1992, S. 126. Zitiert nach Borodziej, W.: Polen 1919–1939. In: Oberländer/Lemberg/Sundhaussen, S. 53–65, hier S. 63.

jedoch seit der Union mit Polen (1569) weitgehend polonisiert worden. Esten (1934: 1 Mill.) und Letten (1935: 1,47 Mill.) dagegen verfügten über keine eigenstaatliche Tradition, sondern hatten stets unter der Herrschaft Fremder gelebt. Obwohl alle drei Völker seit 1721 bzw. 1795 Untertanen des Russischen Reiches waren, unterschied sich die Entwicklung der lutherischen, stark von der deutschen Oberschicht geprägten Esten und Letten erheblich von der der katholischen, eng mit dem Schicksal der Polen verbundenen Litauer. In den Ostseeprovinzen des Russischen Reiches, dem späteren Estland und Lettland, ließen ein schon im ersten Drittel des 19. Jahrhunderts errichtetes umfassendes Netz muttersprachlicher Elementarschulen, die frühe Bauernbefreiung sowie die seit den 40er Jahren bestehende Möglichkeit des freien Landerwerbs allmählich ein estnisches und lettisches Mittelbauerntum entstehen, aus dem in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts die Träger der nationalen Bewegungen hervorgingen. Der gegen Ende des Jahrhunderts aufblühende Außenhandel des Reiches sowie die beginnende Industrialisierung schufen insbesondere in Lettland, in Riga, Dünaburg (Daugavpils) sowie in den Häfen Libau (Liepāja) und Windau (Ventspils) gute Aufstiegschancen für die Letten, förderten aber zugleich auch die Entstehung einer überwiegend sozialistisch eingestellten Arbeiterschaft. Demgegenüber wurde die nationale Bewegung der Litauer durch die verspätete Bauernbefreiung (1861) und Alphabetisierung, insbesondere aber durch die massive Russifizierungspolitik der Petersburger Regierung nach dem polnischen Aufstand von 1863, an dem auch viele Litauer beteiligt gewesen waren, erheblich verzögert; überdies blieb die Wirtschaft im litauischen Siedlungsgebiet einseitig agrarisch orientiert. Trotzdem waren aber zu Beginn des 20. Jahrhunderts bei allen drei Völkern des Baltikums die Grundlagen moderner Nationen geschaffen, auch wenn die aus dem Großbauerntum aufgestiegene Intelligenz und Mittelschicht zahlenmäßig schwach war; in Litauen sah sich die nationale Bewegung überdies sehr weitgehend von der katholischen Kirche dominiert, die politische »Elite« bestand überwiegend aus nationallitauischen Priestern und Rechtsanwälten. Um die Jahrhundertwende führte die allmähliche soziale Differenzierung, die sich vor allem in Estland und Lettland vollzog, dazu, daß sich die zuvor relativ geschlossene nationale Bewegung in verschiedene politische Parteien aufspaltete, für die der soziale Status der Mitglieder ausschlaggebend war.¹³ Als gemeinsames Ziel galt allen zunächst bis in den Ersten Weltkrieg hinein die Durchsetzung der Autonomie im Rahmen eines demokratisch umgestalteten Russischen Reiches. Der Zusammenbruch des Zarenreiches ermöglichte dann auch diesen Völkern unerwartet schnell den Weg in die volle Unabhängigkeit, die nach längeren

¹³ Zusammenfassend zur nationalen Bewegung Kappeler, A.: *Russland als Vielvölkerreich. Entstehung. Geschichte. Zerfall.* München 1993, S. 183–191; für die Zeit bis zum Ersten Weltkrieg Ezergailis, A./v.Pistohlkors, G.: *Die baltischen Provinzen Rußlands zwischen den Revolutionen von 1905 und 1917.* Köln 1982 sowie Loit, A.: *The Baltic Countries 1900–1914.* 2 Bände. Stockholm 1990 [Studia Baltica Stockholmiensia. Band 5, 1–2].

Auseinandersetzungen, teilweise mit starken probolschewistischen Kräften im eigenen Land wie etwa in Lettland, schließlich auch von Sowjetrußland in den Friedensverträgen von 1920 »für alle Zeiten« anerkannt wurde.¹⁴

Zum Zeitpunkt ihrer Gründung waren in allen baltischen Staaten also Ansätze zu einer »westlichen« Sozialstruktur vorhanden, auch wenn sie als Basis für eine funktionierende Parlamentsherrschaft offenbar nicht ausreichten, zumal den schwachen Trägerschichten jegliche »geschichtliche Tiefe politischer Führungstradition« (W. Conze) fehlte, die Mentalität der Bevölkerung aber weitgehend von den obrigkeitsstaatlichen Strukturen des untergegangenen Reiches geprägt war. In Estland und Lettland wurden noch vor der Verabschiedung der Verfassungen Agrarreformen eingeleitet, die einerseits die fast durchweg deutschbaltischen Gutsbesitzer enteigneten und diesen damit die Grundlage ihres bis dahin dominierenden politischen Einflusses entzogen, andererseits landarme und landlose Bauern mit Land ausstatteten, was die Bauern für den Staat gewann und der zuvor sehr erfolgreichen kommunistischen Agitation auf dem Lande entgegenwirkte. Das Ergebnis war ein vergleichsweise konsolidiertes, in seinem Selbstverständnis stark patriarchalisch eingestelltes Bauerntum, das zum Teil genossenschaftlich organisiert war und sich politisch in mittelständisch-bäuerlichen Parteien artikuliert. In Litauen, wo sich der größere Teil des Landes bereits in bäuerlichem Besitz befand, fiel die Agrarreform milder aus, da vor allem ehemalige russische Staatsgüter eingezogen und die Besitzungen russischer und polnischer Gutsbesitzer bis auf 80 ha enteignet wurden. Die lettische und estnische Landwirtschaft machte in den Folgejahren bis zur Weltwirtschaftskrise gute Fortschritte, während sich die wenig entwickelte Infrastruktur Litauens als ein zählebiges Hindernis auf dem Weg zu einer modernen Agrarökonomie erwies. Alle drei Staaten blieben aber äußerst anfällig für internationale Konjunkturschwankungen, so daß nach der Phase der »kleinen Stabilisierung« bis 1929 die Absatzschwierigkeiten während der Weltwirtschaftskrise die bäuerliche Bevölkerungsmehrheit besonders hart trafen, was in Estland und Lettland erheblich zur Durchsetzung autoritärer Regime beitrug.

Die Zahl der in der Industrie Beschäftigten betrug 1934 in Estland 21,3 %, in Lettland 14,8 % und in Litauen 6 %, was nicht zuletzt mit dem Verlust des bisherigen ökonomischen Hinterlands in Gestalt des Russischen Reiches zusammenhing. Erschwerend kam vor allem in Lettland hinzu, daß fast der gesamte Produktionsapparat einschließlich 80 000 Arbeitskräften und ihren Familien während des Ersten Weltkriegs ins Innere Rußlands verlagert worden war; bis 1925 kehrten 218 000 »Optanten« aus der UdSSR nach Lettland zurück,

¹⁴ Stopinski, S.: Das Baltikum im Patt der Mächte. Zur Entstehung Estlands, Lettlands und Litauens im Gefolge des Ersten Weltkriegs. Berlin 1997. – Die Friedensverträge mit Estland (Dorpat/Tartu, 02.02.1920), mit Litauen (Moskau, 12.07.1920) und Lettland (Riga, 11.08.1920) finden sich in Dokumenty vnešnej politiki SSSR. Band 2. Moskau 1958, S.339–354 und Band 3. Moskau 1959, S.28–42 und 101–116.

die in den Arbeitsprozeß eingegliedert werden mußten. Insgesamt hatte das Gebiet des späteren Lettland zwischen 1914 und 1918 durch Umsiedlung, Flucht und Auswanderung 623 000 Einwohner verloren, in Litauen waren es zwischen 1913 und 1923 371 000 und in Estland 176 000 Personen: »Kaum ein Gebiet Europas hat unter den Folgen des Ersten Weltkriegs so zu leiden gehabt wie die neugegründeten baltischen Staaten.«¹⁵ In Litauen erwiesen sich neben den Kriegsfolgen vor allem die gespannten Beziehungen zu den beiden nächsten Nachbarn Polen und Deutschland als schwere Hypothek für die innere und äußere Konsolidierung des neuen Staatswesens. Polen hatte sich 1920 die historische Hauptstadt Litauens, Wilna (Vilnius), gewaltsam angeeignet, und Deutschland mußte 1923 das Memelland an Litauen abtreten, was jeweils zu Dauerkonflikten mit Litauen führte, in die Estland und Lettland nicht hineingezogen werden wollten. Dies verhinderte auch das Zustandekommen einer immer wieder geplanten »Baltischen Entente«.¹⁶ In allen drei Staaten gab es überdies nationale Minderheiten, die wie die Deutschen und Juden in Estland und Lettland gerade jene mittelständischen Berufe besetzten, die die Titularnationen für sich beanspruchten, was Spannungen förderte. Während jedoch die Minderheitenrechte in diesen beiden Staaten zumindest bis 1934 als ausgesprochen vorbildlich galten, begannen die autoritären Regime später damit, die nationalen Gegensätze für ihre Zwecke zu instrumentalisieren.

Das neue parlamentarische Regierungssystem brachte wenig Stabilität in das politische Leben der jungen baltischen Republiken, denn ein durch soziale, ökonomische und nationale Gegensätze zerrissenes Parteiensystem, in dem jeder nur seine eng begrenzten Interessen ohne Rücksicht auf gesamtstaatliche Ziele verfolgte, verhinderte solide Mehrheitsbildungen und blockierte so die Regierungstätigkeit. In Lettland traten bis zu 44 Parteien im Kampf um die 100 Sitze des Parlaments an, Estland erlebte zwischen 1919 und 1923 21 Regierungen. In Litauen erlitten die bis dahin vorherrschenden Christdemokraten 1926 aufgrund ihrer Mißwirtschaft eine Wahlniederlage, nach der ihnen offenbar jedes Mittel recht war, das unglücklich operierende Koalitionskabinett aus Sozialdemokraten und Volkssozialisten zu stürzen, gegebenenfalls auch durch gewaltsames Vorgehen mit Hilfe nationalistischer Kräfte der Tautininkai; der Putsch vom 17.12.1926 beendete schließlich die parlamentarische Phase und brachte Antanas Smetona als Diktator an die Macht. Man vertraute dabei nicht zuletzt auf die wohlwollende Aufnahme, die der Staatsstreich Piłsudskis

¹⁵ v. Pistohlkors, G.: Der Hitler-Stalin-Pakt und die baltischen Staaten. In: Oberländer, E. (Hg.): Hitler-Stalin-Pakt 1939 – Das Ende Ostmitteleuropas? Frankfurt 1989, 75–97, hier S. 78; Ders.: Estland, Lettland und Litauen 1920–1940. In: Fischer, W. u. a. (Hg.): Handbuch der europäischen Wirtschafts- und Sozialgeschichte. Band 6, Stuttgart 1987, S. 729–768.

¹⁶ Lehti, M.: A Baltic League as a Construct of the New Europe. Envisioning a Baltic Region and Small State Sovereignty in the Aftermath of the First World War. Frankfurt 1999; Anderson, E.: The Baltic Entente 1914–1940 – Its Strength and Weakness. In: Hiden, J. u. Loit, A.: The Baltic in International Relations Between the Two World Wars. Stockholm 1988 [Studia Baltica Stockholmiensia. Band 3], S. 79–99.

in Polen vom Mai 1926 bei den Westmächten gefunden hatte, und wurde nicht enttäuscht: Großbritannien, Frankreich und Italien verbanden mit dem Regime Smetona die Hoffnung, daß eine starke Regierung in Litauen zur Lösung des litauisch-polnischen Konflikts und damit zur Befriedung der Region beitragen werde.

Im Unterschied zu Litauen hatte man in Estland seit 1931 mehrfach auf dem Wege von Volksabstimmungen versucht, die Verfassung im Sinne einer Stärkung der Exekutive zu ändern, bis schließlich der von den »Freiheitskämpfern« vorgelegte Entwurf einer neuen Verfassung zwar vom Volk angenommen, dann jedoch vom amtierenden »Staatsältesten« (Ministerpräsidenten) zum Vorwand für seine eigene Machtübernahme genommen wurde, indem er behauptete, der Entwurf fördere diktatorische Tendenzen. In Lettland hatte sich bereits bei der Wahl des Staatspräsidenten 1925 der Kandidat und Vorsitzende des Bauernbundes, Kārlis Ulmanis, der Losung »Lettland den Letten« bedient, was aus den oben schon genannten Gründen vor allem antisemitische und antideutsche Emotionen fördern mußte. 1930 griff der Bauernbund, die größte bürgerliche Partei Lettlands, die infolge der Weltwirtschaftskrise immer weiter nach rechts driftete, diese Forderung erneut auf, indem sie ein neues Staatsmodell verlangte, das »der lettischen Nation entspricht«. Dieses Staatsmodell versprach Ulmanis zu schaffen, nachdem er im Mai 1934 gestützt auf Militär, Bürokratie und Schutzkorps die Macht übernommen hatte und als guter »Wirt« Lettland nach Art einer Bauernwirtschaft zu regieren begann.¹⁷

Georg von Rauch bezeichnet die Regime in Estland und Lettland in seiner »Geschichte der baltischen Staaten« als »autoritäre Demokratien«¹⁸, womit er dem Sprachgebrauch der Diktatoren weit entgegenkommt, die ihre Regime als »gelenkte Demokratie« schönzureden pflegten. Demgegenüber entwerfen Ago Pajur, Inesis Feldmanis und Ilgvars Butulis in diesem Band eine Innenansicht dieser Regime, die zeigt, daß von Demokratie wohl kaum mehr die Rede sein konnte. Wenn trotzdem mit Ausnahme von Ulmanis alle Präsidialdiktatoren von Horthy bis Päts ihren Regimen durch die Einführung von Verfassungen einen demokratischen Anstrich zu geben versuchten, so kam darin vielmehr der Anspruch zum Ausdruck, einen eigenen Weg gehen zu wollen, mit dem man sich vom Faschismus und Nationalsozialismus trotz mancher Entlehnungen deutlich unterschied. Die Aufrechterhaltung einer demokratischen Fassade und die Duldung eines partiellen Pluralismus in der öffentlichen Meinung und Kultur sollten auch dazu beitragen, die Brücken zu den demokratischen Westmächten nicht ganz abzubrechen, auf deren Hilfe man im Falle expansiver Tendenzen der totalitären Nachbarn in West und Ost angewiesen sein würde.

¹⁷ Vgl. die Beiträge von H.-J. Uibopuu, A. Šilde und V. St. Vardys über »Die baltischen Nationen in der Unabhängigkeitszeit 1918–1940« in: Meissner, B. (Hg.): Die baltischen Nationen. Estland. Lettland. Litauen. Köln 1990, S. 53–86; Plakans, A.: The Latvians. A Short History. Stanford 1995; Vardys, V. St./Sedaitis, J. B.: Lithuania. The Rebel Nation. Westview Press 1997.

¹⁸ v. Rauch, G.: Geschichte der baltischen Staaten. München 1977, Kap. 4.2.

Wie sah nun jene »gelenkte Demokratie« aus, mit deren Hilfe die Präsidialdiktatoren die Erneuerung von Staat und Nation bewerkstelligen wollten? Im Gegensatz zu Ungarn, wo »ein Machtkartell aus aristokratischem Grundbesitz, Hochfinanz und den Mitgliedern der hohen staatlichen Bürokratie in Verwaltung und Armee« bereits 1919 an das politische System der Vorkriegszeit anknüpfte¹⁹, in dem Wahlgesetze nur einer Minderheit der Bevölkerung – zwischen 26,6 % (1925) und 30,9 % (1939) – das Stimmrecht gewährten und weniger als 50 % der abgegebenen Stimmen dem Regierungslager zwei Drittel der Mandate sicherten, wo die demokratische Fassade also primär dem Machterhalt der traditionellen Elite diente, hatten die Diktatoren in Estland, Lettland, Litauen und Polen erst nach einer Zwischenphase wenig erfolgreicher, ja nach Ansicht vieler geradezu staatsgefährdender Parlamentsherrschaft die Macht mit dem Versprechen an sich gerissen, den Staat zu retten und die Demokratie auf neue Grundlagen zu stellen. Über klare Konzepte verfügte freilich keiner von ihnen. Smetona bezeichnete den Autoritarismus geradezu als »nicht festgelegte Doktrin«, mit deren Hilfe er eine authentische, vor allem nationale Herrschaftsform kreieren wollte, die den Besonderheiten des Landes entsprechen würde. In der Praxis experimentierte man mit Anregungen aus Italien und später Österreich, weniger aus dem nationalsozialistischen Deutschland, kopierte sich gegenseitig – vor allem Piłsudski avancierte schnell zum Vorbild –, konzentrierte sich aber im wesentlichen auf einen auf die Geschichte zurückgreifenden Kult der nationalen Geschlossenheit, der zwar Berührungspunkte mit dem Faschismus aufwies, aber doch überwiegend defensiv ausgerichtet war, d. h. letztlich das Überleben kleinerer Staaten in einer Welt zunehmend aggressiver Großmächte sichern sollte. »Stark, geschlossen, bereit« lautete die Parole des »Lagers der Nationalen Einigung« in Polen, »erneuerter lettischer Staat, geeintes lettisches Volk und Volksführer Ulmanis« waren die »Grundwerte« des Regimes in Lettland, »nationale Einheit und Solidarität« forderte Päts vom estnischen Volk, bei dem er treuherzig eine ernsthafte Erkrankung als Folge der Parlamentsherrschaft diagnostizierte: »Was wir gerade durchleben ist eine Infektion; wir müssen das Volk behandeln wie jemanden, der ernsthaft krank ist, der nicht in Aufregung geraten soll, mit dem man vorsichtig umgehen muß, dessen Nerven sich beruhigen und gestärkt werden müssen ... Jeder Schritt, den wir unternehmen, muß der eines Arztes sein.«²⁰ Das Bild des Arztes, der sich zu einer durchgreifenden Therapie gezwungen sieht, war zur Rechtfertigung der unbeschränkten Machtausübung offenbar sehr beliebt; auch die von Piłsudski propagierte »moralische Gesundheit« (Sanacja) der polnischen Gesellschaft wies in diese Richtung.

¹⁹ Szöllösi-Janze, M: Horthy-Ungarn und die Pfeilkreuzlerbewegung. In: Geschichte und Gesellschaft 12 (1986), S. 163–182, hier S. 164.

²⁰ Kasekamp, A.: Das Päts-Regime in Estland 1934–1940. In: Oberländer/Lemberg/Sundhausen, S. 95–102, hier S. 98.

Als »Heilmittel« verordneten die autoritären Medizinmänner die Pflege nationaler Gefühle und Mentalitäten, ständisch-korporative Ordnungsvorstellungen (vor allem in Estland, Lettland und Litauen) und einen sich ständig ausweitenden Führerkult. Die nationalen Mobilisierungskampagnen knüpften vor allem in den baltischen Staaten fast nahtlos an die späten nationalen Bewegungen des 19. Jahrhunderts an, deren »Geschlossenheit« durch die nachfolgende soziale Differenzierung zerstört worden war und die jetzt zur Rettung des inzwischen errungenen Nationalstaats durch ein ganzes Bündel kulturpolitischer Maßnahmen wiederhergestellt werden sollte. Parteien, Klassenkampf, Minderheiten etc. paßten nicht in dieses Bild einer Erneuerung von (Titular)Nation und Staat und mußten entweder unterdrückt oder – wie in Polen und Ungarn die Parteien – im Rahmen des autoritären Regimes neutralisiert werden. Abgesehen von der Slowakei, wo sich das Tiso-Regime auf eine gewisse Massenbasis in Gestalt der Slowakischen Volkspartei stützen konnte, blieben alle Versuche der Diktatoren, sich einen festen Rückhalt durch von oben initiierte Bewegungen in der Bevölkerung zu schaffen, ohne dauerhaften Widerhall. Das galt für Piłsudskis »Parteilosen Block zur Zusammenarbeit mit der Regierung« ebenso wie für Päts »Vaterlandsverband«. Ulmanis' Versuch, auch in Lettland eine Massenbewegung zur Stützung des Regimes bzw. eine noch umfassendere Kontrolle der Bevölkerung durch eine »Partei der Volkseinheit« zu initiieren, ist nicht mehr zur Ausführung gekommen; gerade sein Vorgehen läßt aber exemplarisch die inzwischen eingetretene vollständige Entfremdung dieses Präsidialdiktators von der Wirklichkeit im eigenen Land erkennen, mußte er sich doch 1939 für sein Vorhaben von seinen Botschaftern in Italien, Deutschland, Spanien und der UdSSR (!) zunächst Anregungen aus dem Ausland in Form von detaillierten Berichten über die dortigen Parteien und ihre Funktionen verschaffen.²¹ Angesichts der fehlenden Massenbasis stützten sich die Regime in erster Linie auf das Militär und die Bürokratie, die in allen autoritären Staaten enorm anwuchs und in Polen und Ungarn allmählich die »Legionäre« bzw. die Aristokratie als staatstragende Elite ablöste. Daß allerdings auch auf diese Stützen nicht immer Verlaß war, zeigten die 17 Putschversuche gegen das Regime Smetonas in Litauen, hinter denen immer wieder auch Teile der Armee standen.

Im Gegensatz zu Piłsudski, der sich bis 1935 eines »Systems autoritärer Anpassungen von Verfassungsregeln« (J. Kochanowski) bediente, die ihm in allen wichtigen Fragen die letzte Entscheidung sicherten, verhängten Smetona, Päts und Ulmanis zunächst formell das Kriegsrecht bzw. den Ausnahmezustand, um sich über die geltende Verfassung hinwegsetzen zu können; Estland wurde bis zur Verabschiedung der Verfassung 1937, Lettland bis zum

²¹ Stranga, A.: Das Regime von Karlis Ulmanis in Lettland 1934–1940: Genesis, Entwicklung, Inhalt. In: Oberländer/Lemberg/Sundhausen, S. 103–112, hier S. 111.

August 1938 mit Hilfe des Ausnahmezustands regiert. Lediglich Smetona ließ die demokratische Verfassung von 1922 bereits am 15.05.1928 den neuen Verhältnissen dergestalt anpassen, daß der von besonderen Vertretern des Volkes auf sieben Jahre gewählte Präsident u.a. die Regierung berufen und entlassen, den Seimas nach Belieben auflösen und Gesetze per Dekret erlassen konnte; diese Übergangsverfassung blieb bis 1938 in Kraft. Am 23.04.1935 ließ auch Piłsudski eine auf zeitgenössischen autoritären Vorbildern beruhende neue Verfassung in Kraft setzen, die – ganz auf seine Person zugeschnitten – dem »nur vor Gott und der Geschichte« verantwortlichen Präsidenten so weitreichende Rechte sicherte, daß auch hier trotz des formalen Fortbestehens des Sejm, des Mehrparteiensystems oder etwa der Unabhängigkeit der Gerichte von Demokratie kaum mehr die Rede sein konnte.

Von etwas anderer Art, wenn auch nicht weniger undemokratisch, waren dann jene Verfassungen, die am 01.01.1938 in Estland – stark am polnischen Vorbild von 1935 orientiert – und am 11.02.1938 in Litauen in Kraft traten, denn hier wurde die alles beherrschende Stellung des Präsidenten mit ständisch-korporativen Elementen verbrämt, die auf italienische bzw. österreichische Anregungen zurückgingen. Smetona, Päts und Ulmanis hatten bereits seit längerem mit Berufskammern experimentiert, in denen sie offenbar einen Ersatz für die verbotenen Parteien entdeckt hatten, womit die »Partizipation« der Bevölkerung am politischen Leben gewährleistet werden sollte. Angesichts der autoritären Strukturen der Kammern erwiesen sich diese allerdings weniger als Partizipationsangebot denn als Kontrollinstrument des jeweiligen Regimes. Dies zeigte sich beispielhaft in Lettland, wo Kārlis Ulmanis an der Spitze des wohl autoritärsten Regimes Ostmitteleuropas stand, das überdies auf jede demokratische Fassade in Form einer Verfassung nach Art der Nachbarn verzichtete. Aber auch die Verfassungen in Polen, Estland und Litauen waren letzten Endes nichts anderes als die »Legalisierung« der bestehenden Praxis der autoritären Regime.

Diese waren alle als Ergebnis einer Krise der Demokratie entstanden – einer Demokratie freilich, mit der sich die aus autoritären Großreichen kommenden Völker 1918 ebenso überraschend konfrontiert gesehen hatten wie mit ihrer staatlichen Selbständigkeit. Den ihnen so unerwartet schnell zugefallenen eigenen Nationalstaat dauerhaft zu sichern, war zum vorrangigen Ziel der Titularnationen geworden, dem die unvollkommen funktionierende parlamentarische Regierungsweise jedoch eher gefährlich als förderlich zu werden drohte. Dies wurde um so stärker empfunden, je mehr sich Frankreich und England aus dem östlichen Europa zurückzogen und je deutlicher das Deutsche Reich und die Sowjetunion expansive Tendenzen befürchten ließen. Dergestalt auf sich allein gestellt, griffen die Eliten der neuen Staaten auf jene autoritären Strukturen zurück, die ihnen auf Grund ihrer Geschichte vertraut waren und von denen sie sich am ehesten Erfolg versprachen. Die Vermutung, daß dabei häufig die »vordemokratische, autoritäre, konstitutionelle Monarchie«, wie sie etwa das Wilhelminische Deutschland verkörpert hatte, als Vor-

bild diente, ist nicht von der Hand zu weisen.²² All diesen autoritären Regimen waren politische Massenbewegungen sowie ausgearbeitete Zukunftsentwürfe oder Ideologien fremd, wie sie für totalitäre Regime charakteristisch sind. Vielmehr war durchweg eine erstaunliche Konzeptionslosigkeit der »Führer« und der sie stützenden Bürokratie zu beobachten, die sie zur Festigung ihrer Herrschaft zu immer neuen Experimenten greifen ließ. Die einzige bei allen klar erkennbare Maxime bildete die Forderung nach Geschlossenheit der Titularnation und nach Erhaltung des Nationalstaats. Erreicht wurde weder das eine noch das andere, wenn auch die intensive nationale Mobilisierung durch die autoritären Regime offenbar nicht nur bei den Letten zu einem »nie zuvor erreichten Höhepunkt des Nationalbewußtseins« (I. Feldmanis) geführt und somit nicht unerheblich zur Resistenz der Esten, Letten und Litauer gegenüber der sowjetischen Nationalitätenpolitik beigetragen hat.

Zugleich hat aber gerade dies gesteigerte Nationalbewußtsein regionale Zusammenschlüsse zur gemeinsamen Verteidigung der Unabhängigkeit verhindert; und nachdem sich die UdSSR und das nationalsozialistische Deutschland im Geheinen Zusatzprotokoll zum Nichtangriffspakt vom 23. August 1939 über die Teilung Ostmitteleuropas einig geworden waren, gab es kaum noch Hoffnung auf Rettung vor dem Zugriff der totalitären Nachbarn. Als die UdSSR 1940 Estland, Lettland und Litauen annektierte, erwiesen sich – wie später auch in anderen Staaten Ostmittel- und Südosteuropas – die autoritären Strukturen im Gegenteil als ideale Voraussetzung für die Machtübernahme der Kommunisten. Diese mußten sich nirgends mit demokratisch-parlamentarischen Ordnungen auseinandersetzen, sondern lediglich die autoritären Machthaber durch kommunistisches Personal austauschen, während sie die Tendenz der autoritären Regime zur staatlich kontrollierten Wirtschaft als günstige Voraussetzung für die schnelle Einführung der kommunistischen Planwirtschaft nutzen konnten.

²² Linz, J./Stepan, A.: Problems of democratic transition and consolidation: Southern Europe, South America, and post-communist Europe. Baltimore 1996, S. 74f.

Jerzy Kochanowski

Horthy und Piłsudski – Vergleich der autoritären Regime in Ungarn und Polen

Vorbemerkungen

I.

Die autoritären Regime im Europa der Zwischenkriegszeit waren stets ein dankbares Forschungsgebiet für Komparatisten – zunächst für Politologen, später auch für Historiker. Die ersten Untersuchungen auf diesem Gebiet wurden schon in der Zwischenkriegszeit begonnen (z.B. Carlo Sforza, Francisco Cambó, J. Bainville, Otto Forst de Battaglia¹) und nach dem Zweiten Weltkrieg unter anderem von Ernst Nolte, Jerzy Borejsza, Antony Polonsky, Janusz Żarnowski, Peter F. Sugar und Stephen J. Lee² fortgesetzt. Bei diesen Forschungen standen entweder allgemeine Vergleiche oder Vergleiche einzelner Staaten mit Italien und Deutschland im Vordergrund. Eher selten waren hingegen – besonders im ehemaligen Ostblock – »bilaterale« komparative Studien, wie sie Piotr Łossowski für die baltischen Länder³ durchgeführt hat.

¹ Sforza, C.: Europäische Diktaturen. Berlin 1932; Forst de Battaglia, O. (Hg.): Prozeß der Diktatur. Zürich 1930; siehe auch Braad, L./Russel, L. (Hg.): The Way of the Dictators. London 1935; Cambó, F.: Les dictatures. Paris 1930; Bainville, J.: Les dictateurs. Paris 1935.

² Nolte, E.: Die faschistischen Bewegungen. München 1966; Sugar, P. F.: Native Fascism in the Successor States 1918–1945. Santa Monica 1971; Żarnowski, J. (Hg.): Dyktatury w Europie Środkowo-Wschodniej 1918–1939. Wrocław 1973. Żarnowski, J. (Hg.): Dictatorships in East-Central Europe 1918–1939. Anthologies. Warszawa 1983; Polonsky, A.: The Little Dictators. The History of Eastern Europe since 1918. London 1975; Borejsza, J.: Rzym a wspólnota faszystowska. Warszawa 1981; Lee, S. J.: The European Dictatorships 1918–1945. London 1992.

³ Łossowski, P.: Kraje bałtyckie na drodze od demokracji parlamentarnej do dyktatury 1918–1934. Wrocław 1972; Einen interessanten Versuch, die als extrem unterschiedlich angesehenen politischen Systeme Polens und der Tschechoslowakei miteinander zu vergleichen, führte Piotr Wandycz durch: Pierwsza Republika a Druga Rzeczpospolita. Szkic. In: Zeszyty Historyczne 28 (1974), S. 3–20. Von den Möglichkeiten der Komparatistik zeugt die kürzlich publizierte Arbeit: Szlajfer, H. (Hg.): Europa Środkowo-Wschodnia i Ameryka Południowa 1918–1939. Szkice o nacjonalizmie ekonomicznym. Warszawa 1992 sowie der an der Wende der siebziger Jahre von Marcin Kula durchgeführte Vergleich zwischen Getúlio Vargas und J. Piłsudski und zwischen dem Piłsudski-Lager und den brasilianischen *tenentes*: Kula, M.: Porównania z dwóch kontynentów. In: Polityka, Nr. 50, 15. 12. 1979; und ders.: Faszyzm ubogich. In: Kultura, 14.09.1980.

Dies war keineswegs auf die Abneigung der Historiker zurückzuführen, solche Themen zu bearbeiten. Vielmehr entschieden darüber politische Gründe, nämlich daß die Machthaber in den Ländern des Sowjetblocks ernsthafte Forschungen zu autoritären Systemen, zu ideologischen Fragestellungen und biographischen Studien nicht zuließen. Polen und Ungarn bildeten hier Ausnahmen, denn seit Beginn der siebziger Jahre herrschte dort eine wesentlich größere Forschungsfreiheit als beispielsweise in der Tschechoslowakei, in Bulgarien oder in Rumänien. Dies war zweifellos das Ergebnis einer bewußten politischen Entscheidung der Machthaber, für die kontrollierte Studien über die Zwischenkriegszeit ein Zugeständnis an die Forscher darstellten, eine Art Kompensation für das Be- bzw. Verhindern von Forschungen zum Zweiten Weltkrieg und zur Nachkriegszeit. »Historiker, die sich mit der Geschichte der Zweiten Republik beschäftigen, haben seit längerem mehr Freiheit als Forscher, die zum Zweiten Weltkrieg und zu den Nachkriegsjahren arbeiten,« schrieben Piotr Wróbel und Andrzej Chojnowski Anfang der neunziger Jahre. »Selbstverständlich machten sich auch hier konjunkturbedingte Erscheinungen, äußere Zwänge und Verbote bemerkbar. [...] Noch vor kurzem waren verschiedene Schikanen der Zensurbehörde üblich, die für sich in Anspruch nahm zu entscheiden, ob man über Mościcki positiv schreiben könne oder wie Dmowski und Piłsudski zu beurteilen seien. [...] Generell hat sich der Rahmen der Freiheit in den letzten zwei Jahrzehnten systematisch erweitert.«⁴ Die Situation der polnischen Historiker entsprach in hohem Maße der ihrer ungarischen Kollegen. In der polnischen wie auch in der ungarischen Geschichtswissenschaft finden wir seit den siebziger Jahren verhältnismäßig viele Ansätze, die der Piłsudski- und der Horthy-Ära sowie dem politischen Denken, der Gesellschafts-, Wirtschafts- und Biographiegeschichte dieser Zeit gewidmet sind. Beachtung verdient vor allem, daß die Urteile der Historiker⁵ seit dieser Zeit zunehmend differenzierter wurden.⁶ Für die Forschungen zu den autoritären Systemen Polens und Ungarns waren die Untersuchungen der in beiden Fällen verhältnismäßig gewichtigen Wissenschaftszentren im Exil (z.B. des Józef-Piłsudski-Instituts in New York und des Ungarischen Instituts in München) ebenfalls nicht ohne Bedeutung. Es ist beeindruckend, wie häufig in Publikationen über die Zwischenkriegszeit Materialien aus Zeitschriften wie »Zeszyty Historyczne«, »Niepodległość« und dem »Ungarn-Jahrbuch« (München) zitiert werden.

⁴ Chojnowski, A./Wróbel, P. (Hg.): *Prezydenci i premierzy Drugiej Rzeczypospolitej*. Wrocław 1992, S. 5.

⁵ Polnische-seits sind hier unter anderem zu nennen: A. Garlicki, A. Chojnowski, P. Stawecki, J. Żarnowski, T. Jędruszczak, W. Kulesza, J.M. Majchrowski, ungarische-seits u.a.: M. Lackó, I. Romsics, G. Kovács, L. Márkus, L. Tilkovszky.

⁶ Auf einer Konferenz, die im Dezember 1971 vom Historischen Institut der Polnischen Akademie der Wissenschaften organisiert wurde und den Diktaturen in Ostmitteleuropa von 1918–1939 gewidmet war, unterstrich Miklós Stier, »daß die ungarische Geschichtsschreibung die Frage der Regierungssysteme in der Zwischenkriegszeit im Unterschied zur Vergangenheit gegenwärtig ohne Vereinfachungen darstellt.« Żarnowski (Hg.), *Dyktatury*, S. 11.

Trotz des guten Forschungsstandes wurde bisher noch kein Versuch unternommen, die autoritären Regime der Zweiten Republik und des Königreichs Ungarn direkt zu vergleichen. Die Beziehungen zwischen beiden Staaten wurden bisher vorrangig aus der Perspektive der Außenpolitik⁷ und bezogen auf sehr enge Zeiträume betrachtet. »Die Entwicklung der ungarisch-polnischen Beziehungen in der Zwischenkriegszeit«, schrieb der polnische Historiker Maciej Koźmiński, »und die Einstellung beider Staaten zur Tschechoslowakei [...] und zum Deutschen Reich [...] sind so eng mit den zentralen Problemen dieser Zeit verbunden, daß der Vorrang von Detailarbeiten zu diesem Thema im ganzen begründet ist.«⁸ Allerdings trifft diese Argumentation nur für die Zeit bis zum Ende der dreißiger Jahre zu. Denn seit 1938/39 befanden sich die autoritären Regime in Polen und Ungarn bereits im Stadium des Verfalls.

II.

Der Forschungsstand erlaubt es also, einen Vergleich zu unternehmen. Für die Wahl eines zu erforschenden Sachverhaltes sollte aber nicht die Zahl der vorhandenen Publikationen ausschlaggebend sein. Bei komparativen Arbeiten – unabhängig davon, ob feudale Systeme des mittelalterlichen oder autoritäre Regime des zeitgenössischen Europas verglichen werden – müssen am Anfang immer zwei Voraussetzungen erfüllt sein: die Wahl des Forschungsthemas muß begründet und die Kriterien für den Vergleich müssen festgelegt werden.

Vergleichende Betrachtungen über Polen und Ungarn sollten auf der Grundlage der zentralen geographischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Merkmale dieser ostmitteleuropäischen Länder durchgeführt werden:

Die Republik Polen verfügte im Jahre 1931 über ein Territorium von 388 000 qkm mit 32 107 000 Einwohnern, während sich das Königreich Ungarn etwa zur gleichen Zeit (1930) über eine Fläche von 93 000 qkm mit 8 688 000 Einwohnern erstreckte. Im Jahre 1938 betrug der Anteil Polens an der europäischen Bevölkerung 8,5 %, derjenige Ungarns 2,2 %. Demgegenüber erreichte der polnische Anteil an der gesamteuropäischen Produktion 2,5 %, derjenige Ungarns 0,9 %. In Polen arbeiteten 1930 65 % der Bevölkerung in der Landwirtschaft, 17 % in Industrie und Bergbau, 8 % in Handel und Verkehr sowie 10 % in sonstigen Wirtschaftszweigen. Die entsprechenden Zahlen für Ungarn lauten: 51 % (Landwirtschaft), 23 % (Industrie/Bergbau), 8 % (Handel/Verkehr) und 18 % (Sonstige). Diese statistischen Daten der Zwischenkriegszeit plazieren Polen in eine Gruppe von Ländern, in denen die Landwirtschaft gegenüber der Industrie ein größeres Gewicht aufwies, während in Ungarn der industrielle Sektor stärker ausgebildet war.

⁷ Z. B. Kovács, E.: *Magyar-lengyel kapcsolatok a két világháború között*. Budapest 1971.

⁸ Koźmiński, M.: *Polska i Węgry przed drugą wojną Światową (październik 1938-wrzesień 1939). Z dziejów dyplomacji i irredenty*. Wrocław 1970, S. 3.

Indessen bedarf nüchterne Statistik zuweilen der Interpretation: Im Jahre 1938 wohnten 27,4 % der Einwohner Polens und 42,8 % der Einwohner Ungarns in Städten. Der relativ große Anteil der städtischen Bevölkerung Ungarns war vor allem ein Erbe der Habsburger Monarchie. Allein Budapest hatte über eine Million Einwohner, das waren fast 12 % der gesamten und 27 % der städtischen Bevölkerung Ungarns. Der Rest des Landes war – wie Polen – von der Landwirtschaft geprägt. Sowohl in Polen als auch in Ungarn produzierte ein großer Teil der Industrie für die Landwirtschaft. In der Zeit der Wirtschaftskrise nach 1929 sollte sich das sehr negativ auswirken. Gilt es, den Grad der Modernisierung zu bestimmen, so waren beide Länder gegenüber Westeuropa relativ verspätet (worin sie sich einerseits von den höher entwickelten tschechischen Gebieten und andererseits von den schwächeren Balkanstaaten unterschieden). In beiden Staaten war das seit vielen Generationen errichtete System wirtschaftlicher Verbindungen und Abhängigkeiten infolge des Ersten Weltkrieges zusammengebrochen. Deutlich sichtbar war das beispielsweise am Zerfall der ungarischen Mühlenindustrie, die durch den Kriegsausgang sowohl der Rohstoffe als auch des Absatzmarktes beraubt wurde, oder der Łódźer Textilfabriken, die aufgrund der Abschottung des russischen Marktes ihre Produktion um etwa 70 % verringern mußten.

Auch in gesellschaftlicher Hinsicht nahmen Polen und Ungarn in Ostmitteleuropa eine herausgehobene Position ein. Im 19. Jahrhundert hatten nur sie eine von der Aristokratie bis zu den Arbeitern und Bauern durchstrukturierte Gesellschaft. Vor allem aber verfügten sie über eine Intelligenzschicht, die eine eigene Klasse bildete. Gerade in bezug auf die Rolle der Intelligenz gab es zwischen beiden Ländern aber auch einen fundamentalen Unterschied. Während die Aristokratie in Ungarn die führende Klasse blieb und die Intelligenz dominierte, endete in Polen »die Dominanz der Aristokratie in der nationalen Politik und in der Kultur mit der Niederschlagung des Novemberaufstandes von 1831, und die Rolle des »Führers« ging seither allmählich aus den Händen der Aristokratie in die Hände der Intelligenz über.«⁹ Bis zum zweiten Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts war die polnische Intelligenz »Führerin« der Nation, pflegte die Tradition und leitete den nationalen Unabhängigkeitskampf. Die Polnischen Legionen im I. Weltkrieg waren ebenfalls vor allem Ausdruck einer von der Intelligenz getragenen Bewegung.¹⁰

Den agrarwirtschaftlichen Charakter beider Länder unterstrich überdies ein relativ hoher Anteil an adliger Bevölkerung (über 10%). Selbstverständlich hatte die Modernisierung des 19. und 20. Jahrhundert das Antlitz dieser Klasse verändert: Teilweise war sie verarmt oder hatte ihre Landgüter verloren; viele Adlige verstärkten die Reihen der Intelligenz. Die Gutsbesitzer spielten aber in

⁹ Żarnowski, J.: Rola historyczna inteligencji w Europie Środkowej i Południowo-Wschodniej. In: Międzymorze. Polska i kraje Europy Środkowo-Wschodniej XIX–XX wiek. Warszawa 1995, S. 42.

¹⁰ Über die Polnischen Legionen mehr im Kapitel »Vorgeschichte«.

der Zwischenkriegszeit in Polen und in Ungarn noch eine sehr wichtige Rolle in Wirtschaft, Politik und Kultur. In Ungarn bewahrte die Aristokratie oder *gentry* auch ihre politischen Rechte (z.B. das Anwesenheitsrecht für die Vertreter der aristokratischen Familien im Oberhaus des Parlaments). Obgleich in Polen durch die sogenannte Märzverfassung von 1921 alle Titel, Wappen und sogar der Begriff »Adel« offiziell abgeschafft wurden, spielte der Adel weiterhin eine wichtige und nach 1926 immer größere Rolle. Es »koexistierten« also »moderne« kapitalistische mit starken »agrarisches-vorindustriellen«, ja »ständischen Strukturen«¹¹ – sowohl im Ungarn Horthys als auch im Polen Piłsudskis. Dies macht auch die damalige Terminologie deutlich – »Úri társadalom« – »Herrengesellschaft« (in Ungarn) und »pańska Polska« – »Polen der Herren«.

III.

Ungarn gehörte zu den Verlierern, Polen zu den Siegermächten des Ersten Weltkriegs. Die Pariser Friedenskonferenz 1919/1920 sanktionierte die Souveränität und teilweise auch die Westgrenze Polens. Der Vertrag von Trianon dagegen reduzierte nicht nur die Fläche des bisherigen ungarischen Territoriums um zwei Drittel, sondern beließ auch einige Millionen Magyaren in Rumänien, der Tschechoslowakei und Jugoslawien. Dort fanden sie sich in der Lage von diskriminierten nationalen Minderheiten wieder. Während also Polen in der Regel den *status quo* nach dem Ersten Weltkrieg unterstützte, forderte die ungarische Außenpolitik eine Revision des Vertrags von Trianon. Sehr symptomatisch war die Parole des ungarischen Revisionismus: »Nem, nem, soha!« – »Nein, nein, niemals!«

Die Beziehungen zwischen beiden Staaten waren – trotz der propagandistischen Hilfe Ungarns für Polen während des Krieges mit der Sowjetunion im Jahre 1920 – bis zur Mitte der dreißiger Jahre kühl aber korrekt. Erst die veränderte politische Lage in Europa nach 1933/1934 belebte die gegenseitigen Beziehungen und stellte gemeinsame Interessen und Ziele in den Vordergrund. So schrieb Anton Czettler: »Beide Länder betrachteten das bolschewistische Rußland als Feind Nummer Eins; sie fühlten sich aber auch von Deutschland bedroht. Die im totalitären Dritten Reich herrschende nationalsozialistische, neuheidnische, rassistisch-biologische Weltanschauung stand im krassen Gegensatz zu den christlich-abendländischen Überlieferungen und zur konservativen Gesellschaftsordnung Polens und Ungarns, die durch die doppelte Bedrohung zu natürlichen Verbündeten wurden. Gleichzeitig bestand eine gewisse Interes-

¹¹ Szöllösi-Janze, M.: Die Pfeilkreuzlerbewegung in Ungarn. München 1989, S. 27.

sengemeinschaft zwischen Deutschland und den beiden christlich-konservativen Ländern in Bezug auf ihr Verhältnis zur Tschechoslowakei.«¹²

Während die Beziehungen zwischen den beiden Regierungen lange Zeit kühl blieben (als Wendepunkt kann man den Besuch von Gömbös in Warschau im Oktober 1934 bezeichnen),¹³ waren Sympathien der beiden Gesellschaften füreinander nicht zu übersehen. Wenn auch in der Zwischenkriegszeit keine soziologischen Untersuchungen zu nationalen Stereotypen angestellt wurden, kann man mit gutem Grund annehmen, daß die Ergebnisse bezüglich des gesellschaftlichen Verhältnisses von Polen und Ungarn sehr günstig ausgefallen wären. Als Indikator mag hier gelten, daß in beiden Ländern identische Sprichwörter allgemein bekannt waren, ein Phänomen, das in der Sprachwissenschaft relativ selten vorkommt: »magyar, lengyel két jó borát, együt harcol s issza borát« und »Polak, Węgier dwa bratanki – i do szabli i do szklanki« – »Der Pole und der Ungar, das sind Brüder – im Kampfe wie im Trinken.«

Obwohl die gegenseitigen polnisch-ungarischen Stereotype, die sich im 19. Jahrhundert herausbildeten und in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts fortwirkten, extrem »romantisch« waren, und das Wissen beider Gesellschaften voneinander aufgrund sprachlicher Probleme keineswegs so hervorragend war, um die Behauptung einer gleichsam vorgegebenen Nähe zu rechtfertigen, sollte diese aber auch nicht unterschätzt werden.¹⁴ Unter anderem hatte nämlich die Herausbildung des Nationalbewußtseins von Polen und Ungarn vergleichbare Grundlagen und war ähnlich verlaufen. »Im Falle der Polen und Ungarn«, schrieb Jan Kofman, »schöpfte der kulturelle und politische Nationalismus aus der Existenz eines Nationalbewußtseins und aus der Erinnerung an eine Gesellschaftstradition. Er trat verhältnismäßig früh zutage und wies

¹² Czettler, A.: Ungarn zwischen Polen und der Achse. In: Ungarn-Jahrbuch 18 (1990), S. 129.

¹³ Im Bericht über seine Reise nach Warschau schrieb Gömbös am 25.10.1934: »Als ich in das Hotel zurückkam, stellte ich fest, daß die Nachricht, ich hätte zwei Stunden mit dem Marschall gesprochen, sich bereits in der ganzen Stadt verbreitet hatte. Die diplomatischen Kreise schätzen diese lange Audienz als außergewöhnlich ein und sehen sie als entscheidendes Moment an, denn der Marschall hat noch niemanden länger als eine Stunde empfangen. Man muß daran erinnern, daß sowohl Beck als auch Kozłowski [der Premier – JK] nach der Audienz beim Marschall folgendes sagten: ›Was der Marschall sagt, ist für sie Gesetz.« [...] Die Warschauer Reise ist kein Ende, sondern der Beginn, und zwar der Beginn einer polnisch-ungarischen Politik, die sich entschieden gegen die Tschechoslowakei richten muß. Die Mühe um ihren Ausbau lohnt sich. Also muß jede Geste Polens in Richtung Ungarn genutzt werden, die ungarische Diplomatie muß sehr klug sein, um zu dieser Nutzung stets die entsprechenden Voraussetzungen zu schaffen. Der ungarische Generalstab muß einen Weg finden, um die Beziehungen zwischen beiden Armeen allmählich, nicht gewaltsam, zu intensivieren. Die Polen leben im Selbstbewußtsein einer Großmacht und sind sensibel, das muß man berücksichtigen. Das Außenministerium sollte die Informationen, die es übermitteln möchte, stets nach Warschau schicken, damit sie sehen, daß die politische Zusammenarbeit schon in ihren Anfängen ein Fundament hat.« Wizyta premiera węgierskiego Gömbösa w Warszawie w październiku 1934 r. In: Studia z dziejów ZSRR i Europy Środkowej 5 (1969), S. 224.

¹⁴ Koźmiński, M./Sieroszewski, A.: O stereotypie Polaka i Węgra w XIX i XX w. In: Kwartalnik Historyczny 87 (1980), Nr. 1, S. 204.

im Verhältnis zu Westeuropa eine nur geringe Verspätung auf.«¹⁵ Das gerade unterschied Polen und Ungarn von den anderen Ländern in dieser Region: Im Fall der Tschechen traten zunächst der kulturelle und ökonomische und erst später der politische Nationalismus hervor, in Albanien, Griechenland, Serbien und Kroatien zuerst der kulturelle, dann der politische, im Fall der baltischen Völker überwog praktisch bis zur Erringung der Unabhängigkeit der kulturelle Nationalismus.¹⁶

Schon seit Anfang der zwanziger Jahre propagierten u.a. die Historiker Andorján Divéky und Jan Dąbrowski sowie der Philosoph und Sprachwissenschaftler Marian Zdziechowski die polnisch-ungarische Freundschaft. Letzterer besuchte im Herbst 1926 aus eigener Initiative Miklós Horthy, um als Verbindungsmann zu Piłsudski zu fungieren. In der Publizistik, aber auch in wissenschaftlichen Veröffentlichungen erinnerte man an die gemeinsame Geschichte (Mittelalter, Stefan Báthory, Revolution 1848–1849), an die freundliche Einstellung Ungarns zu den Polnischen Legionen während des Ersten Weltkrieges und zur Zeit des polnisch-sowjetischen Krieges von 1920. Immer wieder wurden Piłsudski und Horthy verglichen und eine gemeinsame Grenze zwischen beiden Ländern gefordert.

Seit Mitte der dreißiger Jahre fanden solche Beschwörungen auch in offizielle Reden von Regierungsvertretern sowie in offizielle (und halboffizielle) Zeitungen Eingang: in Ungarn beispielsweise nach dem Tod Piłsudskis oder während des Besuches von Marian Zyndram-Koścalkowski in Budapest, in Polen während der Besuche von Gömbös im Oktober 1934, des Erziehungsministers Balint Hóman in November 1936 und schließlich Miklós Horthys im Februar 1938.¹⁷ Das Ziel war klar: Beide Länder suchten nach einer realpolitischen Basis für die Zusammenarbeit, sogar in Gestalt »platonischer Verbindungen« oder »gemeinsamer nationaler Eigenschaften.«

Charakteristisch für diese Suche sind etwa folgende Äußerungen von Gyula Gömbös: »Die Schicksale der beiden Bruderländer sind sehr ähnlich. Es sind zwei tapfere, ethisch und kulturell hochstehende Völker, die zwischen fremde Stämme gepreßt wurden. [...] Während der glückliche Westen sich ruhig entwickelte, mußten wir stets blutige Kämpfe austragen, um nicht nur uns, sondern auch ganz Europa zu schützen. [...] Unsere nationalen Tugenden und Fehler sind ähnlich. Wir gehören der westlichen Kultur an, wir lieben die Freiheit und besetzen die Territorien zwischen Europa und Asien, wir ver-

¹⁵ Kofman, J.: *Nacjonalizm gospodarczy w Europie Środkowo-Wschodniej w latach międzywojennych*. In: *Europa Środkowo-Wschodnia i Ameryka Południowa*, S. 226.

¹⁶ Chlebowczyk, J.: *Procesy narodotwórcze we wschodniej Europie Środkowej (od schyłku XVIII w. do początków XX w.)*. Warszawa 1975; Sugar, P. F./Lederer, I. J. (Ed.): *Nationalism in Eastern Europe*. Seattle 1973.

¹⁷ Siehe u. a.: *Ze stosunków kulturalnych polsko-węgierskich. Pobyt profesora dra Bálinta Hómana (...) w Polsce w listopadzie 1935 r.* Warszawa 1936; Tischler, J.: *Piłsudski marsall halálhíreinek visszhangja a magyar sajtóban*. (Manuskript in meinem Besitz); Kasprzyk, J. J.: *Wizyta M. Horthy w Polsce w lutym 1938 w świetle prasy polskiej*. Warszawa 1996. (Manuskript in meinem Besitz).

breiten die Kultur unter den rückständigen Stämmen. Unsere Völker wurden von Gott geschaffen, um zu herrschen und den Weg zu weisen. Ohne Polen und Magyaren wäre kein kulturelles Leben auf diesem Teil der Erdkugel entstanden.«¹⁸ Und der »Kurier Poranny« (Warschau) schrieb am 05.02.1938: »[...] die Geschichte Europas kennt keinen anderen Fall einer solchen Freundschaft, die durch keinen Zwischenfall getrübt wurde. [...] Polen und Ungarn haben die historische Mission, die westliche, lateinische Zivilisation zu schützen.«

Natürlich war diese Rhetorik auch von einer gewissen politischen Konjunktur und entsprechendem Pragmatismus geprägt. Aber die wechselseitigen nationalen Sympathien lassen sich trotzdem nicht verneinen. Sie manifestierten sich auch in der Einstellung der Ungarn zu Polen während des Zweiten Weltkrieges und in der polnischen Haltung zum ungarischen Aufstand von 1956.

IV.

Vor diesem Hintergrund stellt sich nun die Schlüsselfrage nach der Vergleichbarkeit der autoritären Regime in der Republik Polen und im Königreich Ungarn unter den damaligen Umständen. Auf den ersten Blick erscheint es sinnvoller, Polen mit Rumänien oder Jugoslawien zu vergleichen. Diese beiden Staaten ähnelten sich in geographischer und wirtschaftlicher Hinsicht. Überdies könnte es angebracht erscheinen, Ungarn eher mit Österreich zu vergleichen.¹⁹

Und dennoch verfügen wir bei näherer Betrachtung gerade für den Vergleichsfall Polen und Ungarn über ein spezifisches System politischer, historischer und gesellschaftlicher Faktoren, das es als durchaus sinnvoll und gerechtfertigt erscheinen läßt, komparative Untersuchungen auf diesem Gebiet aufzunehmen. Denn sowohl im gesellschaftlichen als auch im historischen Bewußtsein haben sich die beiden Völker und Staatswesen einander sehr angenähert. In Ungarn wie in Polen konnten sich autoritäre Regime relativ lange Zeit behaupten. Miklós Horthy übernahm (offiziell) die Macht im März 1920: zwei Jahre vor Mussolini. Für Polen setzt man die Zeit des autoritären Regimes in der Regel für die Jahre von 1926 bis 1939 an. Allerdings war Piłsudski bereits in den Jahren von 1918 bis 1922 Staatschef gewesen. Schon damals hatte sich das politische Lager um ihn formiert.

¹⁸ Huszar, K. (Hg.): *Polska i Węgry. Stosunki polsko-węgierskie w historii, kulturze i gospodarstwie*. Budapest 1936, S. 9.

¹⁹ Siehe z. B. Stier, M.: *Analogien und Divergenzen in den politischen Systemen Österreichs und Ungarns in den ersten eineinhalb Jahrzehnten der Zwischenkriegszeit*. In: Drabek, A. M./Plaschka, R. G./Rumpler, H. (Hg.): *Das Parteiwesen Österreichs und Ungarns in der Zwischenkriegszeit*. Wien 1990, S. 39–71.

Andererseits haben sich die autoritären Regime in Polen und Ungarn ganz unabhängig voneinander entwickelt. Daraus läßt sich die Schlußfolgerung ziehen, daß ein Vergleich gerade dieser beiden autoritären Regime es ermöglicht, die in derartigen Staatswesen herrschenden Mechanismen und Strukturen herauszuarbeiten.

V.

Wie bereits eingangs erwähnt, müssen bei komparativen Forschungen jeweils die Kriterien des Vergleichs bestimmt werden. Denn ohne diese Reflexion besteht die Gefahr, lediglich die politische Geschichte von Staaten oder die Biographien ihrer führenden Persönlichkeiten zu vergleichen. Es geht hier aber gerade darum, die Charakteristika von autoritären Regimen zu bestimmen, besonders in Abgrenzung zu totalitären Regimen. Schließlich soll ein Fragenkatalog aufgestellt werden, der nicht nur auf Polen und Ungarn, sondern auch auf Rumänien, Litauen, die Slowakei oder Kroatien angewendet werden könnte. Folgende Vergleichskriterien wurden für diese Untersuchung ausgewählt:

1. die Entstehungs- und Existenzbedingungen des polnischen und des ungarischen autoritären Regimes;
2. der Umbruchcharakter der Machtübernahme durch Miklós Horthy und Józef Piłsudski in der Wahrnehmung der Bevölkerung;
3. die Haltung zu Demokratie und zum Pluralismus;
4. die Stellung des »Führers« innerhalb des Systems sowie
5. die Rolle der Armee, der politischen Eliten und der Kirche.

Von einem Vergleich der Minderheitenproblematik, die im Fall Polens und Ungarns schon aus quantitativen Gründen überhaupt nicht zu vergleichen ist, wurde abgesehen. Verzichtet wurde auch darauf, das Verhältnis der beiden Regime zum Kommunismus und den Umgang mit wirtschaftlichen Fragen zu vergleichen, zumal letzterer in allen autoritären Systemen in durchaus vergleichbarer Weise von etatistischen Tendenzen geprägt war.

Vergleichende Arbeiten – und dieser Artikel bildet darin keine Ausnahme – erfordern ein gewisses Maß an Verallgemeinerung von Einzelfragen. Ein näheres Eingehen auf Details würde sowohl zu einem übermäßigen Anschwellen des Textes als auch zu einer solchen Fülle von Informationen führen, daß gemeinsame Spezifika nicht mehr klar herausgearbeitet werden könnten.

Vorgeschichte

Sowohl Horthys demonstrativer Einzug in Budapest am 16. November 1919 und seine daraus folgende Wahl zum Regenten am 1. März 1920 als auch der »Mai-Umsturz« Pilsudskis im Jahr 1926 waren nur Elemente eines geschichtlichen Prozesses. Ohne eine wenigstens kurze Darstellung der Voraussetzungen wäre ein Vergleich schwierig und unvollständig, und seine Ergebnisse – besonders für jemanden, der die Ereignisse nicht vollständig überblickt – unklar und schwer verständlich.

Polen erschien nach dem Ersten Weltkrieg auf der geographischen Karte Europas als ein neues politisches Gebilde, »aus drei Hälften zusammengesetzt«, wie es damals hieß. Jede dieser »Hälften« war zuvor in staatliche Organismen eingebunden gewesen, die sich voneinander – nicht selten diametral – unterschieden, und zwar sowohl mit Blick auf die staatliche Ordnung als auch auf die Gesetzgebung, den Stand der wirtschaftlichen Entwicklung, auf Maße und Gewichte, das Niveau und die Verbreitung des Schulwesens, ja sogar auf die Spurbreite der Eisenbahngleise. Dieses Erbe war keineswegs leicht, und der Prozeß der Vereinheitlichung war praktisch bis 1939 noch nicht beendet.

Die Modernisierungsverspätung war schwer aufzuholen. Hier kamen viele Ursachen zusammen. Im Unterschied zu Ungarn, das von den Kriegshandlungen nur in geringem Maße (Karpaten) betroffen worden war, waren die polnischen Gebiete einer der Hauptkriegsschauplätze gewesen und hatten gewaltige Verluste in der Industrie, in der Infrastruktur und in der Landwirtschaft erlitten. Der Lebensstandard der Gesellschaft war insbesondere in den österreichischen und russischen Teilgebieten niedrig, was verständlicherweise einen schwachen Lebensmittelkonsum und einen geringen Bedarf an Industrieprodukten nach sich zog. Das Ende wirtschaftlicher Verbindungen und den Verlust bisheriger Märkte habe ich bereits angeführt. Die gezielte Vernachlässigung des Schulwesens durch die Teilungsmächte hatte zu einem fast fünfzigprozentigen Analphabetismus geführt.

Doch die sozio-ökonomischen Probleme waren nur ein Grund für die Verspätung der Modernisierungsprozesse und der Demokratisierung des politischen Lebens. Großen und vielleicht sogar entscheidenden Einfluß auf letzteres hatten die geringen politischen Erfahrungen der Gesellschaft. Wie der Sozialwissenschaftler Jan Szczepański schrieb, gestaltete sich das politische Bewußtsein der polnischen Gesellschaft »während der Teilungen, bei Fehlen eines eigenen Staates und eines normalen politischen Lebens, in einem ständigen, mit illegalen Mitteln und Methoden geführten Kampf um die nationale Existenz. Unter diesen Bedingungen bildeten sich die Grundlagen eines prinzipiellen Mißtrauens gegen die Regierungen (denn es waren Regierungen fremder Interventionsmächte) heraus. Gesetzesverletzungen wurden als patriotische Taten akzeptiert (denn es galt fremdes Recht), man neigte zu Individualismus und Anarchie. Von dort leitet sich auch das Fehlen politischer Erfahrun-

gen, das Fehlen von Traditionen einer demokratischen Selbstverwaltung usw. ab.«²⁰

Als Erbe der Teilungen bestand außerdem eine bedeutend größere Neigung zu destruktiver als zu konstruktiver Haltung, denn für die polnischen Verschwörer an der Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert zählten Effektivität, Entschiedenheit und solidarischer Zusammenhalt der Gruppe. »Die Neigung, Gesetzesvorschriften (die ja von einer fremden Herrschaft aufgezwungen waren) zu respektieren, galt dagegen eher als ein Fehler denn als ein Vorzug.«²¹ Sowohl die Gesellschaft als Ganzes als auch die politischen Eliten waren an ein Leben in ständiger Opposition gewöhnt. Diese Tendenz einer grundsätzlich oppositionellen Einstellung überdauerte bis in die Zeit der Unabhängigkeit hinein und erschwerte es ganz beträchtlich, Prinzipien der Rechtsstaatlichkeit zu akzeptieren, sich mit politischen Gegnern im eigenen Staat zu verständigen und notwendige Kompromisse einzugehen.

Mit dem Herbst 1918 begann für Polen eine zwanzig Jahre währende Periode des Staatsaufbaus und der Gründung der dazugehörigen Institutionen. Im Fall des Königreiches Ungarn hatte dieser Prozeß bereits ein halbes Jahrhundert früher begonnen, nämlich mit dem österreichisch-ungarischen Ausgleich im Jahr 1867. Die Souveränität Ungarns wurde durch die Person des Herrschers, die gemeinsame Außen- und Finanzpolitik sowie die gemeinsame Armee eingeschränkt. Im politischen Bewußtsein der Gesellschaft war dieser Staat jedoch selbständig, symbolisiert unter anderem durch die eigene ungarische Staatsbürgerschaft. Die gemeinsamen Institutionen der Monarchie wurden so interpretiert, daß sie den eigenen nationalen Interessen entsprachen: »Der König von Ungarn und der Kaiser von Österreich sind«, schrieb Graf J. Kristóffy, »obzwar in einer physischen Person vereinigt, zwei unterschiedene Herrscherpersönlichkeiten, deren Prärogative auch materiell verschieden ist. [...] Doktrinär formuliert würde die Differenz lauten: Im ungarischen Bewußtsein war Österreich-Ungarn ein Staatenbund, im österreichischen ein Bundesstaat.«²²

Beachtenswert ist die ungeheure staatsrechtliche Anstrengung, die die Ungarn unternahmen. An der Wende von den sechziger zu den siebziger Jahren des 19. Jahrhunderts wurde der Staat durch neue Rechts- und Verwaltungsnormen konsolidiert. So wurden Gesetze über Bezirksämter, Stadt- und Dorfverwaltung, ein neues Strafrecht und ein eigenes Steuer- und Finanzsystem erlassen. Der Prozeß der Kodifizierung und Vereinheitlichung des Rechts kam 1911 mit der Verabschiedung der Zivilprozeßordnung zum Abschluß. Es wurde jedoch keine schriftliche Verfassung angenommen, man berief sich vielmehr auf die »historische Verfassung.« Ungarn konnte sich außerdem als Großmacht

²⁰ Zit. nach: Samsonowicz, H./Tazbir, J./Łepkowski, T./Nałęcz, T.: Polska. Losy państwa i narodu. Warszawa 1992, S. 498

²¹ Chojnowski, A.: Idee i imponderabilia. In: Nowa Res Publica 5 (1997), S. 11.

²² Miskolczy, J.: Ungarn in der Habsburger-Monarchie. Wien 1959, S. 165–166.

fühlen – die Länder der Stephanskrone erstreckten sich vom Burgenland bis nach Siebenbürgen und von der Slowakei bis zur Adriaküste.

Im Unterschied zu Polen existierte in Ungarn seit der Jahrhundertwende ein (theoretisch) vollständiges Spektrum politischer Parteien von der Linken bis zur Rechten. Allerdings waren die Parteien der Arbeiter und der Bauern schwach, während die konservativ-liberale Partei die Regierung dominierte. Diese Parteien unterschieden sich von den entsprechenden westeuropäischen Parteien vor allem durch ihre starke Personalisierung, ihre Abhängigkeit von einem politischen Führer. Es fehlte ihnen an weitgreifenden Plänen und Programmen, die zumeist nur *ad hoc* vor den Parlamentswahlen aufgestellt wurden. Der Formierungsprozeß der Parteien »nach staatsrechtlichen Gesichtspunkten« wurde bis zum Ende Österreich-Ungarns nicht vollständig abgeschlossen.²³

Die Rückständigkeit der politischen Szene war in der konservativen Gesellschaftsstruktur begründet. Vorherrschende Klasse war die Aristokratie. Von 15 Ministerpräsidenten in der Zeit des Dualismus stammten 9 aus aristokratischen Familien, von 111 Ministern 38 (55 kamen aus der *gentry* und nur 18 aus dem Bürgertum). Ebenso zahlreich war die Aristokratie in den Vorständen industrieller Institutionen, von Banken etc. vertreten. Carlo Sforza bemerkte dazu: »Es ist typisch für die alte Aristokratie Ungarns seit der Französischen Revolution, daß sie stets für ihre eigene Unabhängigkeit gekämpft hat, auf Kosten der Freiheit aller anderen. Ein rücksichtsloser, ultranationalistischer Egoismus [...] ist charakteristisch für die erblichen Beherrscher des Landes Arpads. Nur einmal im Laufe der Jahrhunderte hat sich das aristokratische Ungarn für die Politik eines weitgehenden und großzügigen Föderalismus entschieden. Das war im vierzehnten Jahrhundert unter einem französischen Fürsten.«²⁴

In der ungarischen Gesellschaft spielte der mittlere Adel (*gentry*), der etwa 6% der Einwohner Transleithaniens (aber 12–13% der Ungarn) ausmachte, eine große Rolle. Aus dieser Klasse kamen 40% der Parlamentsabgeordneten (von 1890 bis 1910) sowie die überwiegende Mehrheit der Beamten in den zentralen und regionalen Ämtern (Komitate). Unter den Bedingungen einer sich entwickelnden Verwaltung stellten diese Beamten keine geringe Macht dar. Allein in den Jahren 1904 bis 1914 wuchs ihre Zahl um 43,6% auf 387 922 an. 1910 zählte diese Gruppe, zusammen mit ihren Familien und Rentnern, 770 000 Menschen, das waren etwa 4,5% der Gesellschaft. Sie wurden zu einer bedeutenden politischen Kraft, waren auch ungewöhnlich sensibel für alle Veränderungen. »Ihre Mentalität und ihr Wertesystem, ihre vom liberalen Nationalismus geprägten politischen Vorstellungen und ihr Ziel, die als notwendig erkannte demokratische Umgestaltung Ungarns so durchzuführen, daß ihre eigene gesellschaftliche und politische Führungsrolle dabei unbeeinträchtigt blieb, haben bis in das 20. Jahrhundert hinein die Haltung, die Denk- und

²³ Toth, A.: Parteien und Reichstagswahlen in Ungarn 1848–1892. München 1973, S. 26, 28.

²⁴ Sforza, Europäische Diktaturen, S. 75–76.

Lebensweise im Stephansreich dominiert.«²⁵ Der Konflikt zwischen der »*gentry*« und der Ungarn regierenden Aristokratie verschärfte sich ebenfalls. Der ungarische Parlamentarismus und seine Rolle im Staat wurden ständig hervorgehoben.²⁶ Dies hatte das Gebäude des Budapester Parlaments, eines der größten in Europa, zu symbolisieren. Allerdings konnte die Gesellschaft nur in geringem Maße am politischen Leben teilhaben. Das aktive Wahlrecht besaßen 1906 6,2 % und 1910 6,4 % der Bevölkerung. Nicht ohne Grund äußerte Graf Aladár Széchenyi auf einer Oberhaussitzung im Jahre 1935: »Seit der Regierung von Dezso Bánffy [1895–1899 – J.K.] herrscht in Ungarn ein Pseudoparlamentarismus, richtiger eine Diktatur des jeweiligen Regierungschefs.«²⁷ Auch wenn die Regierung einerseits vom Monarchen, andererseits vom Parlament eingeschränkt wurde, war ihre Bedeutung tatsächlich groß. 1912, in der Zeit der Vorkriegsspannungen, wurden der Regierung durch ein Parlamentsgesetz »für die Dauer eines Krieges« Sonderrechte übertragen. Das Gesetz bestimmte die Grenzen der Vollmachten und schrieb vor, daß die Notstandsverordnungen nach dem Krieg ihre Gültigkeit verlieren sollten. Doch ermöglichte das Gesetz eine gleichsam »gesetzliche« Übertragung der starken Regierungsposition auch auf die zwanziger Jahre der Zwischenkriegszeit.

Auf die Gestalt sowohl des polnischen als auch des ungarischen autoritären Regimes übten der Erste Weltkrieg und die unmittelbare Nachkriegszeit entscheidenden Einfluß aus. Im Fall Polens ist hier vor allem auf die Polnischen Legionen (1914–1917) und insbesondere auf die sogenannte I. Brigade hinzuweisen, die im Rahmen der österreichisch-ungarischen Armee aufgestellt worden war. Diese Legionen waren sowohl militärisch als auch politisch und in ihrer Selbstwahrnehmung besondere Formationen, sie unterschieden sich diametral von anderen polnischen Einheiten, die während des Krieges im Rahmen der russischen oder der französischen Armee eingesetzt worden waren. Das verdankten sie in erster Linie ihrer gesellschaftlichen Struktur, für die ein hoher Prozentsatz Intellektueller kennzeichnend war. Unter den Offizieren und sogar unter den Unteroffizieren mangelte es nicht an Ingenieuren, Ärzten, Wissenschaftlern, Schriftstellern, Studenten und Gymnasialschülern. Sie gehörten der Generation an, die häufig als »Generation der Ungedemütigten« bezeichnet wird. Diese Generation war politisch in besonderer, »romantischer« Weise erfahren: In der Tradition des Aufstandes von 1863 erzogen, hatte sie an der Revolution von 1905–1907 teilgenommen. Die Mehrheit ihrer Vertreter war (trotz der häufig adligen Herkunft) durch einen »sozialistischen« Lebensabschnitt gegangen.²⁸ Auch das war in hohem Maße ein Grund für

²⁵ Hoensch, J. H.: Geschichte Ungarns 1867–1983. Stuttgart 1984, S. 43–44.

²⁶ Siehe z.B. Divéky, A.: Cechy podobieństwa w historycznym rozwoju Węgier i Polski. In: Huszar (Hg.), Polska i Węgry, S. 30.

²⁷ Márkus, L.: Über die Charakteristik der herrschenden Elite des Horthy-Regimes. In: Acta Historica Academiae Scientiarum Hungaricae 18 (1972), Nr. 1–2, S. 125.

²⁸ »Ich bekenne offen, daß dies eine Mode war,« erinnerte sich Pilsudski »denn anders kann man die

den egalitären Charakter der Legionsabteilungen, in denen man sich allgemein mit dem Wort »Bürger« anredete. So wurde gleichsam die innere Einheit der Formation erfolgreich bewahrt.

Das war um so wichtiger, als der Kampf der Legionäre und die von ihnen erbrachten Opfer von der Gesellschaft des Königreichs Polen kühl aufgenommen wurden. Der Plan eines Nationalaufstandes scheiterte. Die gesellschaftliche Akzeptanz ihres Tuns wurde allmählich vom anwachsenden Kult um den »Führer« – Piłsudski – ersetzt, der eine Art Flucht vor der Einsicht in die Sinnlosigkeit ihres Kampfes darstellte. »Wir sind Soldaten, keine Politiker«, hieß es 1916 in einer Legionszeitung, »Wir besaßen keine Regierung, aber wir hatten einen Oberbefehlshaber. Wir vertrauen ihm grenzenlos. Er ist für uns die Verkörperung der polnischen Sache.«²⁹ Die Entstehung des Piłsudskikultes führte bei den Legionären dazu, daß sie immer seltener eigenständige Ideen entwickelten. Es wurde zum Prinzip, daß Piłsudski (der Kommandant, »Großvater«, »Führer«) die Entscheidungen traf. Die Legionäre begannen die Welt mit seinen Augen zu sehen und wurden seine treue Leibgarde – die »Garde des Führers.« Sie vertrauten entweder Piłsudski oder den Menschen seiner nächsten Umgebung. Die österreichischen Offiziere oder die Polen, welche den Legionen offiziell vorstanden, besaßen dagegen überhaupt keine Autorität. »Die Ehrenbezeichnungen, die den aufeinanderfolgenden Generälen in der Kommandeursspitze der Legionen erwiesen wurden, bildeten nicht einmal einen Teil der Ovationen zu Ehren des ihnen doch untergebenen Brigadiers.«³⁰

Noch in den Jahren des Krieges wurde die Überzeugung von der Auserwähltheit, ja sogar vom Messianismus der I. Legionsbrigade geboren. Ihr wurde eine außergewöhnliche Bedeutung zugeschrieben, und ihre Soldaten wurden mit dem besten Teil der polnischen Gesellschaft identifiziert. Allgemein wurde die Losung verkündet: »Polen sind wir.« Man sah sich als Elite an, die allen Widerständen zum Trotz eine Sondermission erfüllte. Diese Überzeugung verband sich mit einer Verachtung des eigenen Volkes, das den Kampf der Legionäre offenbar weder verstand noch zu schätzen wußte. Man kann von einer regelrechten »Ideologie der Ersten Brigade« sprechen. Diese zeichnete sich durch die Überzeugung der Soldaten von ihrer Auserwähltheit und von der Richtigkeit ihres Tuns aus. Die Hauptlosung war die Erringung der Unabhängigkeit. Alle weitergehenden Überlegungen bezüglich eines politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Programms wurden durch

damalige Sozialismusepidemie kaum nennen, die den Geist der Jugend ergriffen hatte. [...] Sie hatte ihn in einem solchen Maße ergriffen, daß keiner meiner intelligenteren und energischeren Kollegen in seiner Entwicklung nicht durch dieses Stadium ging. Die einen blieben Sozialisten, die anderen traten in andere Lager über und die dritten sagten sich schließlich von jeglichen Gesellschaftsplänen los.« (Piłsudski, J.: *Jak stałem się socjalistą*. In: Ders.: *Pisma zbiorowe*. Wydanie prac dotychczas drukiem ogłoszonych. Band II. Warszawa 1937, S. 45.)

²⁹ Zit. nach Nałęcz, T.: *Z genezy legionowej grupy piłsudczykowskiej*. In: *Przegląd Historyczny* 65 (1974), S. 94.

³⁰ Ebenda, S. 97.

den Glauben an Piłsudski ersetzt. Die früheren Sozialisten beschrieben das künftige politische System vage mit »Redlichkeit der Gesellschaft und des Regierens«, in der das Wohl »des Land- und Arbeitsvolkes« einen nicht genauer bestimmten Platz einnahm. Die Legionäre riefen die Losung nationaler Solidarität aus, die für das künftige unabhängige Polen verpflichtend sein sollte. Als die Unabhängigkeit Polens jedoch Realität wurde, stellte sich eine kaum überwindbare Kluft zwischen ihren Vorstellungen und den Tatsachen heraus. Ihren »einsamen Kampf«, ihre »außergewöhnliche Rolle« begann man zudem schnell zu vergessen. Sie wurden nun vielmehr mit den bis dahin verachteten polnischen Offizieren der österreichischen und der russischen Armee gleichgesetzt.

Während für Ungarn mit dem Herbst 1918 der Niedergang des Staates einsetzte, begann für Polen zur gleichen Zeit dessen Aufbau. Auf die Haltung der radikalisierten und kriegsmüden Gesellschaft hatte das einen sehr positiven Einfluß.³¹ Die allgemeine Begeisterung wurde von der Forderung nach einem gesellschaftlichen Umbau begleitet, der allerdings ohne eine echte Revolution vor sich gehen sollte. Die Revolution wurde vielmehr durch den Wiederaufbau des Staates ersetzt. Die extreme Linke besaß deshalb keine Chance, breite Unterstützung zu erlangen, weil sie die Losung der Unabhängigkeit als »eine Entwicklung politischer Formen aus der Zeit des Kapitalismus« ablehnte. Mit einem wiedergeborenen und demokratischen Polen konnte diese Vorstellung nicht konkurrieren. Die Mehrheit der zahlreichen an der Jahreswende 1918/19 protestierenden und streikenden Menschen erwartete eine Verbesserung ihrer Lage nicht von einer Revolution und gewaltsamen Veränderungen, sondern von der Reformtätigkeit des wiedergeborenen Staates. Diese Erwartungen wurden auch in hohem Grade erfüllt. Die polnische Sozialgesetzgebung am Beginn der Unabhängigkeit (u. a. zum Arbeitsschutz, zur Sozialversicherung) war im damaligen Europa eine der fortschrittlichsten.

Es gelang, den inneren *status quo* zu erhalten. Piłsudski, seit November 1918 Oberbefehlshaber im Staat, verhielt sich nach dem Prinzip *similia similibus curantur* – gleiches mit gleichem zu heilen. Zwei Monate lang tolerierte er das linke Kabinett von Jędrzej Moraczewski. Erst im Januar 1919 über-

³¹ Jędrzej Moraczewski, von November 1918 bis Januar 1919 Premier, schrieb: »Es ist unmöglich, diesen Rausch wiederzugeben, diesen Freudentaumel, der die polnische Bevölkerung in diesem Moment ergriff. Nach 120 Jahren zersprangen die Ketten. Es gibt sie nicht mehr. Freiheit! Unabhängigkeit! Vereinigung! Der eigene Staat! Für immer! Chaos? Das macht nichts. Es wird gut. Alles wird werden, denn wir sind von Blutsaugern, Diebes- und Räubergesindel befreit [...], wir werden uns selbst regieren. [...] Vier Generationen haben vergebens auf diesen Augenblick gewartet, die fünfte erlebt ihn. Von morgens bis abends versammelten sich Massen auf den Marktplätzen der Städte; der Arbeiter, der Angestellte verließ seine Arbeit, der Bauer verließ seinen Acker und eilte in die Stadt, um sich zu erkundigen, zu überzeugen, um die polnische Armee zu sehen, polnische Aufschriften, die Adler an den Ämtern, man war ergriffen vom Anblick der Eisenbahner, ja sogar vom Anblick polnischer Polizisten und Gendarme.« (Moraczewski, J.: *Przewrót w Polsce. Rządy Ludowe*. Kraków 1919, S. 17.)

nahm Ignacy Paderewski das Amt des Premiers. Es gelang, die radikalisierten und bewaffneten sozialistischen Gruppen zu neutralisieren, indem man sie zur staatlichen Volksmiliz umbildete und nach einigen Monaten der Armee eingliederte. Die Reformen, so auch die 1920 beschlossene Agrarreform, wurden auch von den höheren Schichten akzeptiert, denen bewußt war, daß sie das von der russischen, deutschen und ungarischen Revolution umgebene Land relativ »ruhig halten« mußten und die Gesellschaft nicht provozieren durften. »Die Ereignisse in Ungarn« – notierte Juliusz Zdanowski im Frühjahr 1919 – »machen uns zu einer immer enger umschlossenen Halbinsel. Unsere innere Anarchie erhält neue Nahrung.«³²

Als Zdanowski diese Worte schrieb, wurde die Macht in Polen aber bereits durch ein wirkliches gesellschaftliches Mandat gestützt. Bereits im Januar 1919 hatten demokratische Wahlen stattgefunden, und zwar mit einer sehr hohen Wahlbeteiligung (auch Frauen hatten das aktive Wahlrecht). Die geringen politischen Erfahrungen der Gesellschaft und die Schwäche ihrer politischen Repräsentanten begannen sich jedoch zu rächen. Das Parlament war gespalten und es gelang nicht, dort eine stabile Mehrheit zu errichten. Die vom Parlament beschlossene Kleine Verfassung vom 20. Februar 1919 wie auch die Märzverfassung vom 17. März 1921 führten das parlamentarische System nach dem Vorbild der Französischen Verfassung von 1875 ein, nach der die Regierung wie auch das Staatsoberhaupt vom Parlament abhängig waren. Der Präsident wurde von der Nationalversammlung gewählt und besaß bloße Repräsentationsbefugnisse. Theoretisch berief er die Premierminister, doch war dafür das Einverständnis der Sejmmehrheit notwendig, die angesichts der Spaltung des Sejm in eine große Zahl von Klubs und Fraktionen sehr schwer zu erreichen war. Darüber hinaus war der Sejm praktisch niemandem rechenschaftspflichtig.

Diese schwache Position der Exekutive war ein Sieg der Rechten. Die Linke hatte sich nämlich – ähnlich wie Piłsudski – für das amerikanische Modell ausgesprochen, nach dem der Präsident, der zudem über große Vollmachten verfügte, vom Volk gewählt wurde. Das wollte die Rechte nicht zulassen, weil in solchen Wahlen Piłsudski jeden anderen Kandidaten weit hinter sich gelassen hätte. Die Mängel der Verfassung traten bald zutage. Angesichts nur wenig stabiler Parlamentsmehrheiten wechselten die Regierungen häufig, so daß den außerparlamentarischen Ausschüssen hohe Bedeutung zukam. Das beeinträchtigte ein effektives Regieren des Landes wesentlich, und zwar gerade in Zeiten, die oft schnelle und radikale Entschlüsse erforderten.

Konsolidierende Faktoren wie die Begeisterung über die errungene Unabhängigkeit oder der Kampf um die Staatsgrenzen verloren bald ihre Wirkung. Innere Konflikte lebten auf und wurden durch die schlechte ökonomische Situation weiter verschärft. Die folgenden Wahlen im Jahr 1922 spalteten das Parlament noch stärker. Diesmal befand sich in ihm auch eine große Gruppe von

³² Zdanowski, J.: Dzienniki. Biblioteka Zakładu Narodowego im. Ossolińskich we Wrocławiu, Sign. 14022, Heft 4, K. 20.

Abgeordneten der nationalen Minderheiten (etwa 20%). Gabriel Narutowicz, der unter anderem mit ihren Stimmen zum Präsidenten gewählt worden war, wurde nach nur einwöchiger Amtszeit von einem rechten Attentäter ermordet. In der auf das Attentat folgenden Konfusion versuchte eine Gruppe früherer Legionäre (B. Miedziński, I. Matuszewski, I. Boerner, K. Stamirowski, A. Koc, K. Libicki, H. Floyar-Rajchmann), einen Staatsstreich durchzuführen.³³ Zu einer blutigen Abrechnung mit den Rechten kam es nicht, doch das Bewußtsein, eine Chance dazu vertan zu haben, blieb zurück.

Der Putschversuch war ein eindruckliches Zeugnis für die Gärung, zu der es in der Gruppe der engsten Mitarbeiter Piłsudskis gekommen war. Diese Gruppe, deren Mitglieder in ihrer Mehrheit aus den Legionen und aus der Polnischen Militärorganisation (POW) kamen, wurde als »Belvedere-Lager« bezeichnet: abgeleitet vom Palast Belvedere, in dem Piłsudski als Oberbefehlshaber des Staates residierte. Mit dem Rückzug Piłsudskis, der immer häufiger mit der Regierung in Konflikt geriet, in die freiwillige »Verbannung« im Warschauer Vorort Sulejówek zerfiel diese Gruppe durchaus nicht. Ganz im Gegenteil stellte dieser Rückzug aus der Politik ein integrierendes Element für seine Anhänger dar. Deren Unzufriedenheit mit den parlamentarischen Regierungen steigerte sich um so mehr, als die »Legionsgruppe« nach dem Rückzug Piłsudskis aus der Armee (1923) immer eindeutiger benachteiligt wurde. Piłsudskis Anhänger wurden vor allem aus wichtigen Positionen im Ministerium für Militärische Angelegenheiten und im Generalstab entfernt (u. a. aus der Abteilung II, Aufklärung und Abwehr, die bislang ihr Wirkungsfeld gewesen war). Die früheren Legionäre, die trotz ihrer Jugend nach 1918 schnell avanciert waren, wurden – nach dem Prinzip, daß Sergeanten, die man zu Generälen befördert hat, wenig Neigung verspüren, zu ihrem früheren Rang zurückzukehren – immer mehr zu einem enttäuschten und damit leicht agitierbaren Element.

Zu deutlichen Veränderungen kam es auch in den Kreisen der Intelligenz, die bis dahin die »Führerin der Nation« gewesen war. Mit der Beendigung des Kampfes um die Unabhängigkeit und dem Beginn der Demokratie verloren die Intellektuellen ihre einstige Stellung und fühlten sich unterschätzt und enttäuscht. Dies läßt sich beispielsweise an der Belletristik zum Beginn der zwanziger Jahre deutlich erkennen. Wo zuvor Werte wie Freiheit, soziale Gerechtigkeit und Demokratie verteidigt worden waren, verbreiteten sich nun zunehmend elitäre und antidemokratische Tendenzen.

³³ Oberst Bogusław Miedziński schrieb dazu: »Als wir uns am Abend [des 16. XII. 1922 – JK] im Generalstab versammelten, stellten wir nach Versuchen telefonischer Verständigung fest, daß die Staatsmacht nicht mehr arbeitete. [...] Die Regierung tat nichts. Wir schickten Offiziere ins Außenministerium, ins Innenministerium und zur Polizeikommandantur. Sie setzten sich an die Telefone und stellten die Verbindung mit den Wojewoden und den Leitern der ausländischen Vertretungen her. [...] Niemand fragte uns nach Vollmachten – unsere Tätigkeit wurde überall als selbstverständlich angesehen.« (Pobóg-Malinowski, W.: Najnowsza historia polityczna Polski 1864–1945. Band 2. London 1985, S. 604–605.)

Dem Piłsudski-Lager kam die schwierige gesellschaftliche und wirtschaftliche Situation entgegen, u.a. der Zollkrieg mit Deutschland (der die polnische Landwirtschaft empfindlich traf) sowie die galoppierende Inflation, deren Opfer vor allem Arbeiter und Angestellte waren, die von Lohn und Gehalt lebten. Obwohl es in den Jahren 1924 und 1925 gelang, die Inflation aufzuhalten, hielt die nachinflationäre Krise noch bis zum Februar 1926 an. Im November 1925 kam es zu einer sehr ernsten Kabinettskrise, zu deren Lösung das Kabinett nicht in der Lage war. Es wurde sogar erwogen, Neuwahlen auszuschreiben. In dieser Situation reifte im »Belvedere-Lager« die Entscheidung, mittels eines bewaffneten Umsturzes die Macht zu übernehmen. Über tausend Offiziere, darunter ein Dutzend Generäle, signalisierten ihre Bereitschaft dazu während eines Empfangs bei Piłsudski in Sulejówek. Aufschlußreich sind die Worte, die General Gustaw Orlicz-Dreszer aus diesem Anlaß an Piłsudski richtete: »Wenn wir uns heute an Dich wenden, sind wir voll Schmerz und Angst, die mit der Not zusammen in unser Haus dringen. Wir versichern Dir, daß unsere heißen Wünsche, Du mögest in dieser Krise nicht abseits stehen, nicht nur uns, Deine treuen Soldaten, sondern auch Polen nicht verlassen. [...] Außer unseren dankbaren Herzen bringen wir Dir auch unsere zuverlässigen, siegerfahrenen Säbel.«³⁴

Die Propaganda dieses »Lagers« baute Piłsudski wirkungsvoll zu einer Figur auf, die prädestiniert sei, allen Übeln, vor allem den Mächenschaften des Sejm, der Korruption und dem Diebstahl erfolgreich entgegenzutreten. Auch Piłsudski begann seinen Willen zur Rückkehr in die Politik zu demonstrieren. Er traf dabei auf Stimmungen in der Gesellschaft, die der »Sejmokratie«, der fortwährenden Regierungswechsel (von gewöhnlich rechtem Charakter) und der schwierigen wirtschaftlichen Situation bereits überdrüssig waren. »In diesem Klima drängte sich leicht die Schlußfolgerung auf, daß das Land eine gewaltsame, aufrüttelnde Therapie braucht. Im übrigen entsprach diese Überlegung einer in der Gesellschaft verwurzelten romantisch-utopischen Weltsicht, in deren Vorstellung nicht allmähliche, meist unpopuläre Veränderungen, sondern ein einmaliger, gewaltsamer und grundlegender Umgestaltungsversuch die Chance zu einer Veränderung der Lage bot.«³⁵ Ähnliche Stimmungen gibt ein Brief wieder, den Piłsudski Ende April 1926 erhielt: »Lieber Herr Kommandant. Geh, im Namen Gottes, in die Regierung und werde Präsident, verjage diese zänkische Bande und regiere uns hart, aber gerecht, daß beide Seiten zufrieden sind. Das Volk wird Dir dafür dankbar sein – Du mögest lange und glücklich leben. Dein Verehrer J. Wokulski aus Łowicz.«³⁶ Innerhalb von zwei Wochen sollten diese Wünsche Wirklichkeit werden.

Zum »Maiumsturz« kam es fast acht Jahre nach dem Ende des Ersten Weltkrieges. Diese Zeit reichte aus, um im politischen Bewußtsein der Gesell-

³⁴ Piłsudski, Pisma. Band 8, S. 248.

³⁵ Samsonowicz/Tazbir/Łepkowski/Natęcz, S. 517.

³⁶ Centr' Chranenija Istoriko-Dokumental'nych Kolekcij. Moskau, Sign. 476-2-4.

schaft sowohl demokratische als auch antidemokratische Einstellungen zu festigen. Im Falle Ungarns verlief der vergleichbare Prozeß viel rascher und nahm vor allem aufgrund der äußeren Gegebenheiten bedeutend schärfere Formen an. Zwischen der Proklamation der Ungarischen Republik durch den Premier M. Károlyi und dem Einzug M. Horthys in Budapest verging genau ein Jahr (16.XI.1918–16.XI.1919). Dieser unterschiedliche Verlauf war entscheidend vom »Ausgangspunkt« beider Gesellschaften geprägt, denn während Polen einen großen Schritt nach vorn tat, erlitt Ungarn eine Reihe herber Rückschläge. Die erste Nachkriegserfahrung der Polen war Begeisterung, die der Ungarn – Schock und Enttäuschung. Demzufolge ging die »Revolutionswelle« in Ungarn entschieden weiter als in Polen. An der Weichsel hielt sie in der Etappe der demokratischen, parlamentarischen Republik inne, an der Donau erst in der kommunistischen Ungarischen Räterepublik.

Die Jahre des Ersten Weltkrieges ersparten der Habsburger-Monarchie – und damit auch Ungarn – nicht den besagten Tropfen, der den Stein höhlt. Obwohl die Ungarischen Truppen sich im Grunde nicht schlecht schlugen, wurden die Niederlagen der gemeinsamen Armee direkt sprichwörtlich. Zwar wurde das Land nicht zerstört, doch verschärften sich ab 1916 die wirtschaftlichen Probleme. Die Inflation wuchs rasant an, und es traten Versorgungsschwierigkeiten auf, die zu sozialen Unruhen führten. Im Januar und März 1918 streikten einige hunderttausend Ungarn, im Mai erhoben sich Armeeeinheiten in Pécs. Die Folge waren politische Veränderungen. Der Rücktritt des Premiers István Tisza im August 1917 und seine Ersetzung durch den »bürgerlichen« Sándor Wekerle symbolisierten in gewisser Weise den Einflußverlust, den die Aristokratie erfuhr. Die gegen den Krieg eingestellten Liberalen um den Grafen M. Károlyi wurden aktiver. Andererseits radikalisierte sich die Haltung der Offiziere und Beamten, welche die *gentry* repräsentierten. Denn während ein bedeutender Teil der polnischen Intelligenz den bewaffneten Konflikt als romantischen »Völkerkrieg« ansah, der die Unabhängigkeit bringen sollte (was letztlich auch geschah), waren die Vertreter der ungarischen radikalen Mittelklasse viel praktischer an den Krieg herangegangen – sie hatten damit gerechnet, Karriere zu machen und so wachsendes Ansehen zu gewinnen. Im Unterschied zu ihren polnischen Standesgenossen mußten sie eine tiefe Enttäuschung erleben. Die militärischen Mißerfolge führten zu einer Radikalisierung ihrer Ansichten, u. a. zu einer Verstärkung antisemitischer Stimmungen. Charakteristisch dafür ist die seit 1917 zunehmende Zahl von Presse-Artikeln über »jüdische Preistreiber und Kriegsgewinnler«³⁷. Symptomatisch war ebenfalls das Entstehen paramilitärischer Gruppen mit mafiaähnlichem Charakter, die sich durch extremen Nationalismus und Antisemitismus auszeichneten, wie z. B. die 1917 gebildete »Vereinigung des Erwachenden Ungarn« (ÉME) oder der bereits unter anderen Bedingungen (im November 1918) entstandene

³⁷ Fischer, R.: Entwicklungsstufen des Antisemitismus in Ungarn 1867–1939. Die Zerstörung der magyarisch-jüdischen Symbiose. München 1988, S. 117.